

Betriebe! Mobilisiert zum Massenaufmarsch am 6. März!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Dienstag den 1. März 1932 Nummer 51

Volkszeitungs-Grötzsch als Wahlmacher Hindenburgs!

SPD-Arbeiter: Nicht der Kriegsmarschall, sondern Ernst Thälmann ist euer Kandidat!

Jede Stimme für Hindenburg bereitet dem Hitlerregime den Weg — jede Stimme für Thälmann ist Kampfgelöbnis für Arbeit, Brot, Freiheit und Sozialismus! Proletarier der SPD! Entscheidet euch für eure Klasse!

Dresden, den 1. März.

In der Dresdner Volkszeitung veröffentlicht Robert Grötzsch einen Leitartikel, der die sozialdemokratischen Wahlmacher als schändlichen Wahlmacher für Hindenburg kennzeichnet. Als getreuer Kavalier des Parteivorstandes rufft Grötzsch im Einverständnis mit den Edel, Redel und Weiler, die SPD-Arbeiter auf, für Hindenburg zu stimmen, um den Faschismus zu schlagen. Wörtlich schreibt der Dresdner Agent des Hindenburgauschusses der Duisberg, Krupp und Westarp:

„Indessen Hindenburg von der Geschichte auf den Plan gerufen wird, als Kandidat des Liberalismus, der Versöhnung, der Demokratie. Er will, daß in Deutschland verfassungsmäßig regiert wird, er will kein Blutvergießen, keinen Bürgerkrieg, keine Diktatur!“

Jedes Wort dieses Satzes ist ein Schlag ins Gesicht der SPD-Arbeiter, die den Generalfeldmarschall Wilhelm Hindenburg als Wahlmacher für Hindenburg in der demokratischen Form der sozialdemokratischen Schrittmacher Hindenburgs zu, daß die Wahl Hindenburgs einen weiteren Schritt auf dem Wege der Faschisierung darstellt. Er gibt dem Kandidaten des IG-Farbenvereins Duisberg und des Schmierindustriellen Krupp von Bohlen u. Halbach eine Preisrede für ein offenes unerschütterliches Diktaturregime, indem er erklärt:

„Niemand kann sagen, wie sich ein Hindenburg entscheiden würde, entscheiden müßte (! D. Red.), wenn eine verfassungsmäßige Regierung infolge der unwilligen Wahlentscheidung vom 14. September in Zukunft nicht mehr möglich wäre.“

Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß Herr Grötzsch selbst eingesteht, daß Hindenburg, „der Ketter der Demokratie“, der „Feind der Diktatur“ eben dann, wenn die herrschende Klasse es braucht, selbst auf das Feigenblatt einer Notverordnungsregierung verzichten und die faschistische Diktatur ohne jedes „demokratische“ Mäntelchen, vielmehr offen im Bunde mit Hitler oder auch ohne ihn, mit den von ihm gepriesenen Methoden, proklamieren wird.

Wieder mit diesen unsterblichen und noch verbrämten Einverständnis, ist die Rolle der SPD-Führer als Wahlmacher Hindenburgs gekennzeichnet. Einseitiger der brutalen, offenen faschistischen Diktatur. Schrittmacher des Hitler-Regimes, mit oder ohne Hitler.

Wer zweifelt noch daran, daß diese Kapitalistenkassen jedes offen faschistische Regime bewußt stützen werden gegen die proletarische Revolution wenn ihnen die Träger der faschistischen Diktatur die Posten und Bezüge der Arbeiterrepublik betreffen?

Mit dem Wahlrummel für Hindenburg verrät und verkauft die SPD-Führerschaft erneut die SPD-Arbeiter an den Klassenfeind, verschachtet sie die SPD-Proletarier an deren eingetragene Gegner.

Gerade deshalb, weil der Verrat diesmal so klar vor Augen liegt, geht ein Sturm der Empörung durch die Massen der proletarischen SPD-Anhänger.

Der Dresdner SPD-Arbeiter Bökel, ein langjähriges Mitglied, jahrelang freigewerkschaftlicher Betriebsrat, hat bereits in einem Appell an die SPD-Arbeiter abgerechnet mit diesem Arbeiterverrat. Er kehrt neben den Vertretern der KPD auch an der Spitze des Einheitsfrontkomitees, das am kommenden Sonntag, dem 6. März, einen Massenaufruf in Dresden gegen die Weis-Hindenburg- und Duesberg-Hitlerfront organisiert!

SPD-Arbeiter, die ihr es ernst meint mit eurem Kampfgelöbnis gegen Faschismus und kapitalistische Sklaverei, die ihr keinen Verrat begehen wollt an den Lehren

von Marx und Engels, an den Grundätzen des proletarischen Klassenkampfes, ihr Proletarier könnt nicht mit Weis, Edel und Grötzsch für Hindenburg marschieren, der sich als Statthalter Wilhelms des Zweiten bezeichnet, der als Hitler und Ketter der herrschenden Klasse von den Krupps und Duisberg präsentiert wird!

Jede Stimme für Hindenburg wäre eine Stärkung des Klassenfeindes, der faschistischen Kapitalisdiktatur.

Für euch kann es nur ein geben: Eure Stimme für einen revolutionären Klassenkämpfer Ernst Thälmann, dem proletarischen Führer im Kampf Klasse gegen Klasse!

Eure Kampfkraft gegen die faschistische Kapitalisdiktatur eingeleitet in roter Einheitsfront gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, gegen die Wahlmacher der Hindenburg, Duesberg, Hitler, gegen die Agenten der Eugenens, Krupp, Duisberg!

Reiht euch ein in die Front der roten Wahlhelfer für den einzigen Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Folgt dem Ruf des SPD-Arbeiters Bökel zur roten Einheitsfront!

Marschiert am 6. März in Dresden, marschiert im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit, Schulter an Schulter mit euren kommunistischen Klassenkämpfern auf

gegen die gesamte Reaktionsfront von Hindenburg bis Hitler, den Kettern der kapitalistischen Klassenbildung in Deutschland,

für die rote Kampffront der Arbeiterklasse um ein freies sozialistisches Deutschland, dessen Kandidat und Wortführer der Klassenbewußte Arbeiter Ernst Thälmann ist.

Errichtet Meldelocale für rote Wahlhelfer

Der rote Arbeiterkandidat vor dem Düsseldorfer Proletariat

Begeisterte Kundgebungen für den Führer der proletarischen Klassenfront . Kampfen-
tloffenheit gegen imperialistische Kriegsverbrecher, für den Schutz der Sowjetunion!

Düsseldorf, 29. Februar (Eig. Draht.)

Hier sprach heute der rote Kandidat für die Arbeiterklasse, Genosse Ernst Thälmann, der Reichsausschuss der Arbeiterklasse, in der noch vor wenigen Wochen der Anecht der Notverordnungsomissionen vor seinen Austragern gesprochen hatte, war schon Stunden vor Versammlungsbeginn überfüllt. In weiteren zwei der größten Säle Düsseldorfs in der städtischen Tonhalle und dem Zoo mußten Parallel-Versammlungen abgehalten werden, die ebenfalls überfüllt waren. Als Genosse Ernst Thälmann kurz nach 10 Uhr an der Spitze von mehr als 70 Betriebsdelegierten und zahlreichen Delegierten der Erwerbslosen, der Werkstätten, der Reichsbanner und Betriebsarbeiter in den Saal der Maschinenhalle einmarschierte, brach ein donnernder Weifall aus und 15.000 Häute reckten sich zu seiner Begrüßung. Unter den Betriebsdelegierten marschierten an der Spitze Vertretungen der entscheidenden Kriegsbetriebe des Niederrheins: Leverkusen, IG-Farben, Bemberg, Rheinmetall und andere.

Starke Vertreter waren die uniformierten Steahenbahner und Eisenbahner. Die zahlreichen Delegationen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Die Delegation der IG-Farben-Belegschaft bekundete ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Kriegsverbrecher durch Verlesung und Absendung eines Telegrammes an die Chemiewerker Mostaus — die Abwehrkräfte zur Verteidigung des roten Vaterlandes.

Der Führer der Partei am Niederrhein, Genosse Schulte, begrüßte im Namen der Bezirksleitung und des revolutionären Proletariats den Genossen Thälmann. Er erinnerte an die Rede

Hitlers, der nicht vor dem Ruhrproletariat, den Ausgebetteten, sondern nur vor den Ausbeutern, den Notverordnungsomissionären und Rüstungsindustriellen gesprochen habe. Der heutige Niederrhein zeige, daß Düsseldorf und der Niederrhein rot sind und rot bleiben!

Nicht endenwollende Begeisterungskürme brechen aus, als nun Genosse Ernst Thälmann auf Podium tritt. Aus seiner programmatischen Rede zur Reichspräsidentenwahl sei unter anderem folgendes bemerkt:

„Die Bourgeoisie ist entschlossen, mit den Mitteln des Krieges einen neuen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Während wir in dieser Versammlung Heerhaufen über unsere Kräfte halten, donnern in China bereits die Kanonen, werden Arbeiterkräfte durch Gasgranaten und Fliegerbomben vernichtet. Die SPD aber spricht vom Völkerbund als einem Friedensinstrument. Das Danaka-Dokument hat klar gezeigt, daß die Front von Blut und Eisen sich nicht nur gegen China, sondern gegen die Sowjetunion richtet.“

Genosse Thälmann fährt mit erhobener Stimme fort:

„Ich sage euch in allem Ernst, noch nie ist die Gefahr eines Angriffes der imperialistischen Mächte auf die Sowjetunion so groß gewesen wie gerade jetzt! Weichhalsige Armeen stehen bereit, auf Wladimir zu marschieren, die größte revolutionäre Wachsamkeit des Proletariats ist erforderlich. Unsere Antikriegspropaganda allein genügt nicht.“

Die Sitzung des ZA der Kommunistischen Partei hat einen Appell an die gesamte Arbeiterklasse gerichtet, die größte

Widerstand gegen den Verkauf von Munition zu erfüllen.

Die Präsidentenwahlen stehen im Zeichen des Kampfes des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Wenn die Bourgeoisie den Angriff auf die Sowjetunion eröffnet, dann lagern wir den Imperialisten: Denkt daran: Wir stehen bereit zum Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion! Denkt ihr, wir haben seit 1918 nichts gelernt? Wir werden — nach den Worten Stalins — alle Leidenschaften und Kampferfahrungen aubieten, um die Kriegsverbrecher vernichtend zu schlagen, das Proletariat zum Sturm zu führen!

Ernst Thälmann vor der Krupp-Belegschaft Die Arbeiter des Kriegsbetriebes formieren Stoßbrigade zur Verteidigung Sowjetrußlands

Essen, 29. Februar. (Eig. Bericht.) Genosse Ernst Thälmann sprach am Sonntag in Essen vor der Krupp-Belegschaft in dem überfüllten Saalbau und Zirkus Hagenbed. 3000 Krupp-Arbeiter und -pensionäre lauschten im Saalbau und etwa 4000 im Zirkus Hagenbed den wackeren Ausführungen ihres Führers, der in gedrängter, inhaltreicher Rede die Linie der KPD, die Linie der außerparlamentarischen Massenmobilisierung gegen Hunger, Faschismus und Krieg, die Linie der roten Einheitsfront darlegte.

In seinen Ausführungen wies Genosse Thälmann dann den Niedergang des Kapitalismus nach, die schrecklichen Widersprüche des stichelnden Ausbeutungssystems, die bürokratisch-faschistische Politik des Hungers, des Faschismus und des Krieges und zeigte der Krupp-Belegschaft und damit dem gesamten Proletariat den sozialistischen, außerparlamentarischen Kämpfer, für den es besonders auch in diesem Wahlkampf zu kämpfen gilt. Am Schluß seiner Rede verlas er die Kampfbekanntmachung des ZK der KPD, die von der Krupp-Belegschaft mit begeistertster Zustimmung angenommen wurde. Die Krupp-Belegschaft beschloß einstimmig, folgendes Telegramm an das ZK der KPD zu senden:

„Die überfüllte Massenabende der Krupp-Belegschaft im Saalbau Essen begrüßt herzlich die Kandidatur Thälmanns. Wir wollen unermüdet dahin wirken, daß die gesamte Belegschaft zu einer Stoßbrigade des Kampfes gegen imperialistischen Krieg, für die Sowjetunion wird, geloben, die rote Einheitsfront in Schiedem unter revolutionärer Führung der KPD, fester brüderliche Kampfgrüße.“

Delegationen der verschiedenen Krupp-Betriebe und Zentren sowie der Duisburger Hafenarbeiter und der Elener Straßenbahner begrüßten den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Die Krupp-Belegschaft überreichte dem Führer der KPD als Zeichen der engen Verbundenheit ein symbolisches Geschenk. Am Schluß der Versammlung bereiteten die versammelten Krupp-Arbeiter dem Genossen Thälmann eine Ovation.

Weitere Sammel- und Werbeergebnisse

Wir veröffentlichen heute weitere Ergebnisse der Sammel- und Werbeerarbeit, die am vergangenen Sonnabend und Sonntag durchgeführt wurde. Auch diese Ergebnisse zeigen gute Erfolge in der Sammlung für den Kampfabend Klasse gegen Klasse. In Verbindung mit der weiteren erfolgreichen Kampfabend-Sammlung gilt es jetzt für alle Parteiorganisationen, die Werbung für die roten Wahlhelferkolonnen, die Partei und die Arbeiterstimme in den Betrieben und unter den Betriebsarbeitern besonders zu verstärken.

- Die Ortsgruppe Dohna meldet: Gesammelt 80,75 Mark. Durch Verkauf von Thälmann-Postkarten und Kampfabendmarken 8,35 Mark. Bericht der Zeile 1 fehlt noch.
- Ortsgruppe Dippoldiswalde: Gesammelt 7 Mark. Geworben: 2 neue Mitglieder für die Partei, 3 für die KPD, ein neuer Helfer für die Arbeiterstimme, 22 für das Volksoch.
- Die Ortsgruppe Dohagau sammelte am Sonntag 50 M. für den Kampfabend und steigerte die Helferzahl des Volksochens von 50 auf 130.
- Stadtteil 1 meldet weiter: Gesammelt 24,30 Mark, insgesamt 129,55 Mark. Geworben: 2 KPD, 2 NS-Mitglieder und 13 neue Helfer für das Volksoch.

Der SPD-Arbeiter Böffel darf in einer SPD-Versammlung nicht sprechen!

Landtagsabgeordneter Geiser hebt Schufz auf den sozialdemokratischen Arbeiter Böffel SPD-Arbeiter! Nur in kommunistischen Versammlungen erhaltet ihr Redefreiheit!

Dresden, 1. März 1932

Im unteren Gethhof Ludwig sprach gestern der sozialdemokratische Abgeordnete Geiser, der Fraktionssprecher der SPD-Landtagsfraktion für die Sächsische Volkspartei der SPD und hegte dabei in schamloser Weise gegen die kommunistische Partei. Er wies die Sozialdemokratie als Hüter der Demokratie und der Meinungsfreiheit. Als jedoch in der Diskussion der sozialdemokratische Arbeiter Böffel das Wort beehrte, um seinen Standpunkt gegenüber der Politik der sozialdemokratischen Führer klarzulegen, wurde ihm vom Vorstand erklärt, daß Parteimitglieder gegen die Politik der Partei in den öffentlichen Versammlungen der SPD nicht sprechen dürften. Böffel erklärte darauf, daß er ja auch in Mitgliederversammlungen auf Grund eines Beschlusses des sächsischen Bezirksvorstandes nicht sprechen dürfe und stellte unter Berufung darauf den schriftlichen Antrag, die Versammlung darüber entscheiden zu lassen. Der Vorsitzende ließ jedoch auf Anraten Geisers über diese selbstverständliche Forderung überhaupt nicht abstimmen. Sofort nach den Ausführungen eines kommunistischen Arbeiters der Partei mit der SPD abredete, sprach Geiser auf, um das Schlußwort zu halten. Darauf wandte sich der sozialdemokratische Arbeiter Böffel gegen die schamlos-ordnungswidrige Behandlung seines Antrages.

In selben Augenblick sprangen mehrere Schufz-Beute auf einen Bank Geisers dem sozialdemokratischen Proleten an die Kehle.

Ein Sturm der Empörung brach unter den Versammlungsteilnehmern aus und nur die Besonnenheit der kommunistischen Funktionäre und Böffels selbst verhinderte eine schmerzliche Schererei.

Mit dem Mittel der brutalen Gewalt gehen die sozialdemokratischen Führer zur restlosen Unterdrückung jeder Meinungsäußerung der proletarischen Mitglieder über. Weder in Mitgliederversammlungen noch in öffentlichen Versammlungen sollen die sozialdemokratischen Mitglieder das Recht haben, ihre vom gemeinsamen Kampferfahrungen getragenen Anträge gegen die sozialdemokratische Politik zu begründen. Genau wie in der nationalsozialistischen Partei soll mit den Äußerungen ausgehehrt und verärrter Parteitarter die Forderung innerhalb der SPD erzwungen werden, die die herrschende Klasse über die gesamte Arbeiterschaft zu verhängen beabsichtigt. Der ungeheuerliche Vorgang in der dachmeyer SPD-Versammlung hat grundsätzliche Bedeutung. Sie wird den sozialdemokratischen Klassenmitgliedern klar werden, wie sie, um ihre Meinung ausprechen zu können, in die öffentlichen Versammlungen und in die Diskussionsabende der kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen gehen müssen!

Der Schufz-Leberfall auf den sozialdemokratischen Arbeiter Böffel muß von den sächsischen sozialdemokratischen Sozialisten Protest bezeugt werden durch Massenbesetzung am Kampfabend der roten Einheitsfront am 6. März!

Die Plenartagung der VL Sachsen der KPD!

Am Sonnabend und Sonntag fand in Leipzig eine politisch bedeutsame Plenartagung der Kommunistischen Partei Sachsen statt, zu der eine große Anzahl von Funktionären aus der Leipziger Organisation sowie die führenden Massenorganisationen hinzugezogen waren.

Genosse Selbmann gab einen sehr ausführlichen Bericht über die außerordentlich inhaltreiche Plenartagung des Zentralkomitees der KPD. Eine ganze Reihe Fragen von theoretischer und praktischer Bedeutung, die Verbindung der Arbeit der imperialistischen Krieg im Fernen Osten und die Mobilisierung zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, die aktive Verteidigung der Sowjetunion und der sächsischen Sowjetrevolution wurden vom Genossen Selbmann behandelt unter Konkretisierung auf die bezirklichen Verhältnisse, also verbunden mit der Massenmobilisierung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen und der Herantührung der Verbündeten, vor allem der unteren Schichten der Angestellten und armen Bauern.

Außer der Frage der verstärkten Antikriegsarbeit wurden noch folgende Fragen eingehend behandelt: Die Verschärfung der Arbeit in Deutschland und die neuen Erscheinungen, der Kampf um die Eroberung der eigenen Klasse, der Zurückbleiben des subjektiven Faktors hinter den objektiven Möglichkeiten, die Einheitsfrontpolitik als das Hauptglied der proletarischen Politik in Deutschland und die Schwächen und Mängel in der Arbeit in der Betriebe, die der innergewerkschaftlichen Front, unter den Erwerbslosen, wobei Genosse Selbmann konkret an Hand einer Anzahl Fälle diese Schwächen der Arbeit unserer sächsischen Partei insbesondere in den Betrieben selbstkritisch kritisierte. Die Frage der Streikführung und -auslösung wurde ebenfalls behandelt.

In der Diskussion sprachen eine große Anzahl Genossinnen und Genossen insbesondere über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Mängel und Schwächen unserer Betriebsarbeit, der Streikführung, zur Frage der Verbündeten, des Zentrismus, der Mängel und Schwächen in der KPD und der revolutionären Massenorganisationen.

Wir werden einen ausführlichen Bericht über diese äußerst wichtige Plenartagung der Führung unserer Partei bezugs in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Gröener diktiert: Reichswehrrerlaß bleibt

Pollzeigelder an Nazi-Klages werden weiter gezahlt / Butterzoll bleibt bestehen

Berlin, 29. Februar. (Eig. Bericht.)

In den letzten Stunden der Reichstagsarbeiten wurden mehrere kommunistische Anträge angenommen, in denen die Aufhebung des letzten Reichswehrrerlasses gegenüber der Sozialisten, die Beibehaltung der Butterzollerhöhung und die Einstellung der Polizeigeldzuschüsse des Reiches an die Braun-

schweigliche Klages-Regierung geordert wurde. Die Anträge erhielten eine Mehrheit, wurden also bindend beschlossen. Das Reichswehrrerlassen ist jetzt erklärt, daß es dieses Parlamentsbeschlusses nicht davon abhängt, ob die Reichswehrrerlässe zurückgehen. Angeblich ist die Reichsregierung nicht verpflichtet, den Beschlüssen des Reichstages nachzukommen.

Die Beibehaltung des Reichswehrrerlasses ist jedoch nicht die einzige bilatorische Maßnahme. Gleichzeitig mußte die kommunistische Zeitung:

Auch der mit großer Mehrheit gefasste Reichstagsbeschluss auf Streichung der Polizeigeldzuschüsse für Kommunisten wird zur Zeit kaum Folgen haben. . . . Obgleich es dem zu rechnen, daß die Reichsregierung bei gleichfalls erwarteten Entschlüssen nachkommen wird, wonach die Butterzollerhöhung wieder rückgängig gemacht werden soll.

Das ist die „Demokratie“, für die sich die SPD-Führer strecken, die Arbeiterschaft bei der Reichspräsidentenwahl unterstützen. Jedermann versteht, daß die Ablehnung der Zurückziehung von Reichstagsbeschlüssen eine schamlose Politik ist, die sie auch Hitler nicht anders machen könnte.

Deshalb folgen die Arbeiter nicht der SPD, die für die Streikführung mobil macht, sondern der KPD, die zum außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus, für die Interessen der proletarischen Klasse aufruft.

Nur in diesem Kampf, dessen Symbol der rote Arbeiterbündel Ernst Thälmann ist, wird die Arbeiterschaft ihre Interessen durchsetzen und ihre Existenz sichern können.

Clemens Müller entläßt 150 Arbeiter

Am kommenden Freitag wird die Clemens-Werke-Werkschaft 150 Arbeiter auf die Straße. Das Werk 2 wird vollständig stillgelegt. Der Rest der Belegschaft arbeitet nur 1 bis 2 Tage in der Woche.

Gitwert stellt Wahlhelfer für Thälmann

Das Werkwerk meldet 17 rote Wahlhelfer für die KPD. Die Wahlhelfer-Kolonne, weiter vorstufen! Führt in jedem Bezirk die Wahlhelfer-Kolonne und sammelt für den Kampfabend Klasse gegen Klasse!

Ein diebischer Mord!

Salle, 1. März (Eig. Bericht.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde ein Genosse Kurt Glaser, Seebach, ein aktiver Parteifunktionär und roter Sportfunktionär von Nazischlägern überfallen und schwer verletzt. Kurt Glaser, der einer der besten Arbeiterfrontheimer war, ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den schweren Verletzungen erlegen.

Schanghai soll China entrissen werden

Verhandlungen eingeleitet. Chinesische Bourgeoisie zu jedem Verrat bereit. Der heroische antikolonialistische Volkskrieg soll im Blut erstickt werden

Die Berliner Morgenblätter berichten in großer Aufmachung über bevorstehende Waffenstillstandsverhandlungen zwischen China und Japan. Diese Verhandlungen sollen offensichtlich den Zweck haben, die breiten Massen von dem Vorgehen der imperialistischen Mächte abzulenken.

Japan hat sich mit einer als „Itengovernanz“ bezeichneten Note an die imperialistischen Großmächte gewandt, worin eine Konferenz in Schanghai zu gemeinsamer Annexión Schanghai durch die Imperialisten vorgeschlagen wird. Der Völkerring soll durch die Aufstellung dieser Fragen nicht weiter diskreditiert werden und außerdem hofft Japan auf einer solchen Konferenz die scharfen Gegensätze zu Amerika leichter zu überbrücken.

Am Bord eines englischen Kreuzers haben bereits am Sonntag japanische Verhandlungen mit Schanghai-Beauftragten stattgefunden. Die chinesische Bourgeoisie zeigte sich wieder zu jedem Verrat an der Sache des nationalen Freiheitskampfes bereit.

Japan fordert den Rückzug der chinesischen Truppen um 20 Kilometer von Schanghai, Übernahme Schanghais in gemeinsame imperialistische Verwaltung, Bildung einer internationalen Polizeitruppe, die zunächst durch Militär unterstützt, den Widerstand der chinesischen Bevölkerung gegen den Raub Schanghais durch brutale Kriegesmaßnahmen brechen soll.

8000 chinesische Werttätige getötet

Schanghai, 1. März (Eig. Ber.)

Trotz der ständigen Angriffe und Bombardierung der chinesischen Stellung in Tschupai ist der Vormarsch der Japaner zum Stillstand gekommen. Bis jetzt gelang es auch den Japanern noch nicht, das seit Tagen umkämpfte Kiangwan zu erobern.

Die Tätigkeit der japanischen Bombardierung hat eine verheerende Wirkung gehabt. Während nach japanischen Angaben sich die Verluste der Japaner auf insgesamt 1000 Tote belaufen, sind auf Seiten der Chinesen 8000 Soldaten und, was den japanischen Massenmord besonders kennzeichnet, ungefähr 8000 mehrfache Werttätige getötet worden.

Wachsende Kriegslieferungen

214 Millionen Sprengpatronen für den japanischen Raubkrieg

Hamburg, 1. März. (Eig. Bericht.)

Uns geht die nachfolgende, in höchstem Maße alarmierende Meldung aus der in Gesehacht liegenden bekannten Sprengstofffabrik Wismar 106 zu:

Am Sonnabend hat der Schlepddampfer „Alfred Nobel“ von der Sprengstofffabrik Wismar 106 in Gesehacht eine riesenhafte Sprengpatronen nach Krasnodar gebracht, von wo die Sendung bereits am Sonntag in einem Dampfer ausgeladen ist. Es handelt sich um nicht weniger als 230 000 Sprengstoffpatronen, und zwar 4250 Kisten je 500 Patronen 62%iger Sprengstoff und 230 Kisten je 500 Patronen 92%iger Sprengstoff. Diese letzte 92%ige Sprengstoffsendung geht über Kowal, die größte von 450 Kisten über Balparaiso und 800 Kisten über einen dritten Hafen, den wir nicht feststellen konnten. Daß es sich eindeutig um Kriegslieferungen für Japan handelt, ist dadurch erwiesen, daß sämtliche Kisten den eingebraunten Stempel „Japan“ tragen.

Täglich neue Warnmeldungen, die klar beweisen, daß Japan nicht daran denkt, seinen imperialistischen Raubzug einzustellen. Die gewaltigen Mengen von Kriegsmaterial werden von Japan für den weiteren Krieg gegen die Sowjetgebiete in China und besonders gegen Sowjetrußland bezogen.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg muß deshalb noch dringlicher und heftiger entfesselt werden. Die Massnahmen gegen die Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Sowjetgebiete muß verbunden werden mit dem Kampf der Verhinderung der Herstellung und Lieferung von Kriegsmaterial!

Massenstreiks in Polen

Warschau, 28. Februar. Auf einer am gestrigen Sonntag abgehaltenen Tagung der Kommunalbeamten und städtischen Angestellten wurde der Beschluß gefaßt, gegen die beabsichtigten Gehaltskürzungen und Entlassungen am 1. März in den Streik zu treten. Die Tagung fand unter dem Druck der Massen der Gewerkschaften und Angehörigen, die in diesen Gemeinden schon seit Wochen keine Gehälter ausgezahlt bekommen haben. In Warschau sollen am 1. März 20 000 Beamte und Angestellte in den Streik treten.

Der Generalstreik in Dombrowaer Kenier dauert mit ununterbrochener Heftigkeit an. Die Hartnäckigkeit, mit der die gesamte Arbeiterschaft den Kampf führt, hat in den Kreisen der Unternehmern große Aufregung hervorgerufen. Dies um so mehr, als sie die Gefahr der Fälligkeit hingegen hatten, es werde den reformistischen Gewerkschaftsführern gelingen, den Streik abzumildern. Dieser Versuch der reformistischen Gewerkschaftsführer aber ist an dem energischen Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert. Die Arbeiter haben Klatsche angebracht, auf denen die Namen der im Verlaufe dieses Streiks von der Polizei verhafteten Arbeiter angeführt werden. Die Klatsche haben auf die Arbeiterschaft einen ungeheuren Eindruck gemacht.

In Oberschlesien haben schon seit mehreren Tagen eine Anzahl von Städten im Streik getreten. Gestern trat der Kongress der reformistischen Gewerkschaften zusammen und beschloß, den Streik in Oberschlesien zu verallgemeinern. Inzwischen verhalten sich die Arbeiter der bereits streikenden Städte nach wie vor im Kampf, und der Streik in Oberschlesien gewinnt an Ausdehnung. Selbst auf die arbeitserfähliche Tatiz der Reformisten hat der Generalstreik in Oberschlesien beschloßen, den Tarifvertrag vom 31. März zu kündigen mit dem Zweck, eine 20proz. ertigste Lohnsteigerung durchzuführen. Die Polizei hat schon die Infanteriebrigaden Verbände Oberschlesiens aufgestellt und eine Anzahl von Verhaftungen durchgeführt.

Verhandlungen über Aufstellung Chinas

Japans Pläne zur Völkerbundsversammlung — Der heroische ant imperialistische Volkskrieg in Schanghai soll im Blut erstickt werden

Tokio, 28. Februar. Aus gut unterrichteten Kreisen wird mitgeteilt, daß Japans Vertreter in Genf auf der außerordentlichen Völkerbundsversammlung am 1. März den imperialistischen Mächten Vorschläge für die Aufstellung Chinas übermitteln werden.

Zunächst soll mit Tchang Kai-sch eine Vereinbarung über den Rückzug japanischer Truppen 20 Kilometer vor Schanghai getroffen werden. Dem Widerstand der chinesischen Bevölkerung soll Japan durch die in Schanghai stationierten imperialistischen Truppen brechen zu helfen. Nach der Annexion Schanghais und

Übernahme der Stadt in gemeinsame imperialistische Verwaltung soll die Aufstellung der wichtigsten Handelsstädte erfolgen.

Krieg bringt Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Chinesen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Kriegsschauplatzes arbeitslos werden, wird immer größer. In Schanghai sind gegenwärtig 1 Million Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende, Händler usw. arbeitslos. Aus dem Kanton-Hafen allein wurden ungefähr 500 000 Personen evakuiert, die infolge dessen aller Existenzmittel beraubt sind. Über 300 000 Einwohner Schanghais sind obdachlos.

Hinrichtung der 8 Negerknaben am 6. April

Massenprotest muß die Klaffengewissen in letzter Stunde dem Henker entreißen

New York, 28. Februar. In der Verfassungsverhandlung gegen die acht unschuldig verurteilten Negerknaben von Scottsboro ist das Todesurteil bestätigt worden. Die Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl wurde auf den 6. April festgesetzt.

Seit fast einem Jahre hält das Schicksal der acht Negerknaben in Alabama die Welt in Atem. Als Opfer systematisch geschänder Rassenhete sind sie im vorigen Jahre der schrecklichen Verurteilung zum Opfer gefallen und unter dem Druck des mit Appellen behafteten patriotischen Wut zum Tode verurteilt worden. Zum Tode verurteilt auf Grund der Aussagen einer von der Polizei gefaßten Prostituierten.

Das nunmehr bestätigte Todesurteil in Alabama hat daher allgemein politische Bedeutung. Der Kampf gegen das infame Mordurteil ist ein Kampf gegen den brutalen Unterdrückungsmechanismus der Bourgeoisie Amerikas, die vor seinem Verderben zurückerschrickt um ihre Herrschaft über den Neger, der für sie nur Arbeitskraft ist, nicht mehr als Mensch.

Es gilt einen Massenaufruf des Proletariats gegen das geplante ungeheuerliche Verbrechen gegen die Negerknaben, von denen der Jüngste 14 Jahre alt ist, zu entfachen.

Berlin, 28. Februar. In zahlreichen Betrieben und Werkstätten finden große Protestkundgebungen gegen die beschlossene Hinrichtung der acht jungen Negerarbeiter in Scottsboro statt. Die amerikanischen Bourgeoisie hat 36 000 Arbeiter der Krähens- und Pullow-Werke in einer Kleinfabrikation eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Das Todes-

urteil gegen die acht Negerarbeiter ist einer jener Schläge, die die Bourgeoisie der kühnsten revolutionären und nationalen Befreiungsbewegung der Welttätigen aller Länder versetzt. Das Blut Sacco und Vanzetti ruft uns zu mächtigen Protesten gegen den Terror der amerikanischen Bourgeoisie auf.“

Auch in zahlreichen anderen Werken wurden ähnliche Resolutionen angenommen.

Fünf Todesurteile in Indien

Kanpur, 28. Februar. In dem Verfahren gegen die fünf indischen Kuffständigen wurden weitere fünf Personen zum Tode und fünfzehn zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

Eine Abteilung indischer Kuffständiger unternahm einen erfolglosen Angriff auf ein Dorf im Bezirk Senjoda. Es wurden 60 Pfund Sterling beschlagnahmt. Bei dem Kampf wurden fünf Polizisten getötet, während sich die Kuffständigen ohne Verluste zurückziehen konnten. Polizei und Truppen machten Überfälle im Bezirk Mandin. Dabei wurden 16 Personen verhaftet, von denen man annahm, daß sie den Kuffständigen angehören.

ritzt heißt, wird er gar nicht gefragt, und der Gouverneur ernannt einen Direktor über den Kopf des Landtages hinweg. Diese Haltung Litauens ist nicht zuletzt eine Folge der Haltung der deutschen Bourgeoisie in Memel. Rottcher, der frühere Landtagsdirektor, hat bekanntlich vor einigen Tagen an den Gouverneur einen Brief gerichtet, in dem er seine vollkommene Unterstützung erklärt, während die deutsche Regierung darum bittet, die ganze Frage an den Haager Schiedsgerichtshof zu übermitteln, was einem vollständigen Verzicht gleichkomme. Begründet, daß infolge dieser Haltung der deutschen Bourgeoisie und ihres Expansionswillens die litauische Regierung sich keine Schranken mehr aufstellt und nun darauf abzielt, auch den letzten Schein einer sogenannten Autonomie wegzunehmen.

In Buenos Aires fanden große ArbeitslosenDemonstrationen statt. Die Polizei wurde mit Steinhöfen zurückgetrieben.

Mit milder Kraft setzte er den Lufthammer an die Kohle. Schwarze Blöcke rollen vor seine Füße.

In der roten Erde der Barade Nr. 106 — man nannte sie einfach die Deutschen-Barade — versammelten sich nach dem Abendessen die Kampfsoldaten nicht hochricht hatte. Der Lautsprecher grüßte. Die lokale Kollapost meldete das Produktionsergebnis der gestrigen vier Schichtenschieften: 50 Prozent des Planes. Das galt als „guter Tag“; sonst gab es durchschnittlich 32 Prozent und auch weniger.

Seit der Gründung der deutschen Brigade waren zehn Tage verstrichen und sie hatte sich nicht durchsetzen vermocht. Die haben Mann waren nach Schicht und Strecke auseinandergerissen, deri haben im Sandgebirg, nur aufeng und Sobis haben über Rom: 30 Wagen Kohle statt 24.

Ungeachtete Schwierigkeiten wüchsen sich auf. Stille herrschte, nicht Arbeit. Qualen wolle sich bei der Administration niederschlagen, meinte Gull und sein Verband. Aber gerade die Administration zeigte kein Verständnis für die beiden Hühnerhändler, daß ihnen nicht. Sie verlangte von allen Erfüllung der Norm, weiter nichts. Aber die Norm war eines der schwersten Probleme. Wie sollte man Kohle, Wasser, Sand und Tonen unter einen Hut bringen? Wie sollte man gerecht die Wechsellöhne vom Betriebspunkt zum Förderlochkopf her durchschlagen — verschiedene Ränge, verschiedene Gefälle, verschiedene Zustand der Seile —? Wie sollte man die unerschöpfliche Materialität in Rechnung stellen, die der Schlepper zuweisen dem Hauer auflegte, wenn er nicht rechtzeitig mit einer Leeren Lora zurückkam? Es gab Schichten, Tage, an denen der Aufstieg frantte; dann erlahmten, lagten über Tag Sortierloste und Bunker, und unten, in der Hauptstraße, hatten sich lange Züge von weißen Loren, die Schlepper überführten sie mit Hühnen und liehen ihre Mut an den blinden Hunden auf; bald waren alle Stellen verstopft, und der Stillstand pflanzte sich bis zu den entferntesten Betriebspunkten fort. Dann wüchsen sich die Hauer vorwärtsdrängend Zigaretten an und vernachlässigten noch zufflicher Bitte Mutter und Vorfahren der Lehner und Waldhühner dort oben. Alle Telefonleitungen zitterten von der Hochspannung der Schimpfreden, die sie beschleunigten, und endlich ließ sich Gestalt Bläuen in den Bau herab und erfüllte alle Strecken mit dem unartiglichen Getusch seines Schöpfelases.

(Fortsetzung folgt.)

Finlands weiße Armeen marschieren auf!

Helsingfors, 28. Februar. In ganz Finnland entfalten weiße Freiwillige (Wappo) nun neuem eine sehr rege Tätigkeit. Kommissarische Bänder marschieren überall auf und führen Verhaftungen aus. Die Führer der Wappo haben der Regierung Forderungen überreicht, in denen sie den Rücktritt des Innenministers und die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei verlangen.

Die gegenwärtige Aktivität der Wappo ist gegen die Sowjetunion gerichtet. Die finnischen Behörden wittern Vorgehen. Die gegenwärtige Regierung Finnlands ist eine sozialistische Regierung, die nach und nach die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei genießt. Wenn trotzdem die finnischen Behörden jetzt die sozialdemokratischen Verbände auflösen und die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei fordern, so aus dem Grunde, weil sie den Widerstand der Arbeiterschaft in dem Krieg gegen die Sowjetunion, den sie vorbereiten, befürchten.

Streikwelle über Spanien

Madrid, 28. Februar. In allen Provinzen Spaniens nimmt die Streikbewegung an Umfang zu. In Santander hat die Streikbewegung zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Die Tagelöhner haben Sympathiestreik erklärt. In der Provinz Asturien streiken die Landarbeiter. Hier kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei. Ein Arbeiter wurde getötet und mehrere schwer verwundet. In Lissabon (Lissabon) haben Landarbeiter die Güter belagert und sich der Eisenbahn bemächtigt. Auch in Oporto kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen revolutionären Arbeitern und Nationalisten.

Die Gewerkschaft hat außerdem Bergarbeiter mit 10 000 Mitgliedern hat auf ihrer Tagung ihren Unmut über die Wappo bekundet.

Litauischer Landesdirektor in Memel

Memel, 28. Februar. Ohne den Landtag zu befragen, hat heute der litauische Gouverneur Martas den Direktor der litauischen Schule in Memel, Simas, zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. Simas soll nun ein vollständiges Direktorium präsidieren. Der neuernannte Präsident hielt eine Rede über die Notwendigkeit, sich mit den Deutschen, in Zusammenarbeit zu legen.

Mit diesem Vorgehen trübt die litauische Regierung ihren Gewaltreich in Memel. Dem Staat gemäß ist das Direktorium eine Befugnis des Landtages. Da der Landtag eine deutsche Majorität besitzt, wird er gar nicht gefragt, und der Gouverneur ernannt einen Direktor über den Kopf des Landtages hinweg.

Für die neue Heimat

Hugo Huppert

Deutsche Arbeiter an der Kohlenfront des Fünfjahrplans

Fortsetzung.

„Ach, du lieber Himmel, gar nichts läuft hier“, sagte Gull zu einer verächtlichen Handbewegung. „Nichts doch nach dem Tonfall selber machen, es man uns hier als Stiefkinder agieren. Junge, Gull, in dem Paktstod, da weiß man erst, was der Herr Gott mit, zu Hause!“

Aber in Gulls Erinnerung tauchten grandiose Bilder auf: die weiten Reviere aus Stahl, Beton, Asphalt, die blauen hellen Kuppelkuppeln, die er hatte und bewunderte. Er sah das Metallgerüst des Fördersturms auf Höhe „Bismarck“ oder auf „Walden“, wo er nicht gearbeitet, bevor er als Arbeiter der Kohlenfront in die Komplexoren-Katzen, die wie Regeln klangen, die Schrägen-Maschinen, die Kränche und die einleitlich durchmedialisierten Etagen des Bergwerks mit seinen tausend und hundert Patenten, die der Hochtechnologie anwendet, um die Ausbeutung der Menschen und der Kohlenflöze zu beschleunigen, zu verfeinern.

Wohl als ein halbes Jahr schon fanden die Deutschen an diesem Revier die sozialistischen Arbeiter. Das Wolowar-Peten war ein gefährlicher Abschnitt; die Breche, der Wandrauch, Laiffe, das noch hatten einige von den Deutschen sich noch nicht das „Walden“ abgemerkt. Sie merkten nicht und stündlich. Gewiß war es feinam leicht, nach langjähriger Arbeit unser wolkensüchtigen Bedingungen sich in eine primitiv Technik zu finden, wie man sie nur aus den Erzählungen der Großväter gekannt hatte. Aber andererseits hatten den Tschokolawalen, Latzen und Kappen die deutschen Arbeiter mit ihrer ansehnlichen Väterlein von proletarischen Hauptmann, den selben Kader auf dem Grube. Die einheimischen Arbeiter sind zum größten Teil Polakern, Ukrainern stark zwischen Dorf und Grube, je nach Jahreszeit, Wetter und Dama. — mit ihnen sind keine Produktionspläne auf lange Sicht zu schließen. Die Deutschen haben Panzer und einige der besten in die örtlichen Komite-

gewählt. Genosse Weßhörn ist nun der Vorsitzende in die Kommissions-Kommissionen entsandt worden. Alle zehn Tage kommt er den Haus vor den Schritten und führt ihn nach Klyowa hinüber, zur Sitzung. Auf die Deutschen läßt sich die internationale Erziehung und die antireligiöse Propaganda. Die Deutschen haben die Vaterhaft über den demographischen Rückgang von Smolobino, sie optimieren wirksam die fünfzehn Maschinen- und Kraftorenkation von Kohle. Die Deutschen sind ein aktives gesellschaftliches Element, man hat sie hier den „Gaweteln“ genannt. Und dennoch meckern manche.

Wir fanden vor der Bergbaufront, die gegenüber dem unterirdischen Stoll und völlig in einem Dunkelheit lag. Man teilte uns Schließungen zu und händigte uns die Braten ein: Luftkammer „Hottmann“ mit Schläuch, Wiselisen, Schaufel, Erz und Säge (Holzspalten und Bretter zum Verhauen wurden in roten nachtransportiert). Die Bergleute waren meist schaubart, sie wurden schauerlich mißhandelt, denn niemand war für sie verantwortlich. Täglich werden sie abgeschleift und nach dem Geleg des Zufalls wieder verteilt. Die deutschen Hauer hatten es bei der Bergverwaltung nicht durchzusetzen vermocht, daß jedem Arbeiter sein Arbeitsplatz für ständig zugewiesen würde, damit er sich an es gewöhne und für es habe. „Eigentümerinteresse“, murte der Schichtverwalter Wlassow. Nein, es war eine elementare Forderung des Betriebes, und die wenigen, die ihre eigenen „Proden“ aus Deutschland mitgebracht hatten, arbeiteten besser!

Zum erstenmal merkte ich, daß Gull an der rechten mit drei Finger hatte. Er hob die Hand: „Meine Waise ist 1925 totalitärer worden“, sagte er. „Der Damm und die Bergarbeiter wurden abgeschafft. Das war bei Thysens. Eine Kutsche ging zu Bruch, und das übrige delogte das Annapfalskapital zu Essen.“ Und grimmig lächelte er hinzu: „Dafür habe ich später Satisfaktion erhalten, als Marie Entschädigung für jeden Finger. Die ganze Hand eines lebendigen Arbeiters ist also in Deutschland 150 Mark zu haben. Als Gratizgabe schenkte mir Thysens Westpfeife nach ein Anstaltstieftochter, so'n fingerlanges Ding, als ich Streikpfeife fand, hier liegt es, in der Hand. Man konnte es gar nicht reparieren, so gut sah es, ich dachte mich nicht mehr helfen, aber stiefelien sollte ich mich, ich war nämlich Sozialdemokrat.“

Gull lachte im Häh, und es klang gelächlich in der tauben Rederhaft des Stollens. Auf sein lafendes Erinnerungsbild von Deutschlands Minierenden Rechen aus Stahl und Asphalt fiel ein Schatten von drei Reihen Schuppeliger ...

Volksvereinschaft der Monarchisten im Dresdner Rathaus

Königstreue Nazis decken SPD-Dölichsch

Die kommunistischen Forderungen für die Dresdner Gastwirte von der monarchistischen Einheitsfront niedergestimmt. Schließung des Krankenhauses Johannstadt durch Stadtverordnetenkollegium abgelehnt. Nazis preisen die Notverordnungen. Gegen Monarchisten mobilisiert alle Kräfte für den roten Kandidaten Ernst Thälmann!

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hand im Zeichen des Kampfes gegen die Klasse. Bei der Beratung einer Erklärung wurde der kommunistische Redner überschrien von den monarchistischen Mitgliedern des Parlaments, um den sozialdemokratischen Vorsitzenden Dölichsch zu schützen wegen seines Velleidtele...

Einheitsfront von SPD bis Nazis für Königsfondolenten Dölichsch

Im Namen der kommunistischen Fraktion gab Genosse Gabel folgende Erklärung ab:

„Herr Dölichsch hat anlässlich des Ablebens des Königs gemeinsam mit Herrn Kall dem Haus Wettin das Beileid des Stadtverordnetenkollegiums ausgesprochen. Diese Handlung ist, da er dazu durch keinerlei Beschluss des Kollegiums ermächtigt war, eine Annäherung des Vorsitzenden. Er hatte demzufolge auch kein Recht, im Namen des Kollegiums zu sprechen. Die kommunistische Fraktion hat mit diesem Nachruf nichts zu tun. Sie lehnt denselben ab.“

Die Velleidteleklärung des sozialdemokratischen Vorsitzenden ist ein politisches Bekenntnis zur monarchistischen Hindenburgfront. Diese Maßnahme reißt sich würdig den Handlungen der SPD-Führer an, die seit 1914 ununterbrochen die herrschende Klasse im Kampfe gegen die Werktätigen unterstützen. Die kommunistische Fraktion wehrt sich in der Ablehnung der Handlung des Vorsitzenden einig mit den Klassenbewussten Arbeitern, die durch Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit allen Räubern der Volksgemeinschaft zu antworten wissen werden.“

Solort lehnte das berühmte „Volksgemurmel“ von der SPD bis zu den Nazis ein, um die Verleugung dieser Erklärung unmöglich zu machen.

Sturmflamme-Übergabe

Donnerstag, den 1. März, 19.30 Uhr, im Kristallpalast, spielen die roten Kaffeten mit ihrem neuen Programm bei der Übergabe der vom internationalen Jugendbundesverband dem internationalen Bund gelieferten Sturmflamme. — Eintritt: Erwerbslose 30, Kollaborier 50 Pfennig. Internationaler Bund.

und vergah dabei, daß selbst der „Freiheitskampf“ die von Brüning erlassene vierte Notverordnung ein Stück des nationalsozialistischen Programms bezeichnete und wendete sich somit gegen die eigene Parteilinie seines Regierungsrates Hitler. Der Ober sprach sich für die Notverordnungen aus. Nur der Genosse Schneider sprach grundsätzlich gegen die Notverordnungen, deren letzte einen Lohnabbau von 20 bis 25% für alle Arbeiter, Beamten und Angestellten gebracht hat, wodurch dem Unternehmertum über 5 Milliarden Mark als Subventionen zugesandt wurden. Über 200.000 Unfallrentner sind um ihre Unterstützung gebracht worden. Nichts als Verbote und härtere Belastung der breiten Volksschichten hat sie gebracht. Verbot der Betriebsrätemobilen und Weihnachtsburschenschaften, Liebesgabenleistungen in Höhe von 2 Millionen Mark sind den Krautjüngern gegeben worden und dazu werden alle diese Maßnahmen von der SPD gebilligt, die die Brüningregierung küßt, die so falschlich geworden ist, daß sie Hindenburg als Präsidentschaftskandidat gegenüber Hitler als kleineres Übel hinstellt.

Dr. Kluge mußte jetzt, nachdem vom Genossen Schneider die Demagogie der Nazis gebrandmarkt wurde, für seinen Parteigenossen Richter schnell in die Brezche springen, um noch etwas retten zu können. Tadel sprach er sich gleichfalls für die Notverordnung aus. Rindlerbühl (SPD) trat jetzt auch auf den Plan, um sich für die Notverordnungen, die von seinen Parteigenossen im Reichstag als kleineres Übel toleriert wurden, einzusetzen und im selben Atemzuge für den verfassungstreuen Hindenburg Propaganda zu machen. Er verteilte sich hier in eine derartig müde Kommunistenbete, um zu dem fast ähnlichen Ausdruck des Reichstages zu kommen, daß alle Verbote am Proletariat seien, die gegen die SPD den Kampf führen und sagte dabei gleichzeitig: „Wir setzen uns für den Generalstreik ein!“ In keiner Zeit konnte er laudere Sozialpolitik und „Eiserne Front“ Mann nichts mehr sagen, da ihm vollkommen die Spude wegblieb. Selbst die Tribünenbesucher waren von einem betätigten falschlichen Benehmen angeekelt und erkannten, daß sie nichts mehr mit einer solchen Partei zu tun haben können. Aber kein Wort sagte dieser Hindenburganhänger über die Nacht seines Parteigenossen Richter. Mit den unmöglichsten Argumenten wollen sich jetzt die Kaffeten der Trübsourgeoisie in der Öffentlichkeit reinkommen, um nicht ganz ihren Einfluß, der bereits im Schwanden ist, bei den Arbeitern einzubüßen. Dölichsch schloß dann kurz nach diesem elegischen Erguß seines Parteigenossen Rindlerbühl die Sitzung, da ihm hilflos der Verstand von der Volkspartei beigeprungen war und den Antrag auf Schließung der Sitzung stellte.

Immer mehr erkennt die Arbeiterschaft, daß sie sich einreihen muß in die rote Klassenfront, um unter Führung der KPD den Kampf unter der Losung „Klasse gegen Klasse!“ und für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu führen!

Nazis und SPD gegen die Forderungen der Dresdner Gastwirte

Der Genosse Schneider hatte im Interesse der Notlage aller Dresdner Gastwirte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, welcher bereits in der gestrigen Ausgabe veröffentlicht. Die um die Stimmen der Kleinrentnerbetrieblenden bühnenden Parteien entzarten hier deutlich ihre beschlerische Klasse. Geboten wurde mit den Stimmen der SPD bis zu den Nazis die Notlage abgelehnt. Die Nazis stimmen gegen ihre eigenen Forderungen und führen den neuen kapitalistischen Regierungsrates hitlers konsequent durch und zeigen somit deutlich, daß sie im Verständnis für die Not des von ihnen ammorbenen Mittelstandes haben.

die Deutschnationalen Reden, um keine arbeiterfeindlichen Maßnahmen zur Durchführung bringen zu können. Von einer Einparung kann faktisch keine Rede sein, wenn man der privaten Wohlfahrts- und Krankenpflege auf der anderen Seite Mittel zu schenkt, um ihre Krankenanstalten auszubauen.

Nazis „protestieren“ gegen eigene Notverordnungen

Die Nazis hatten einen Protestantrag gegen die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eingebracht. In jahner und ganz demagogischer Weise ließ Nazi-Richter eine Rede vom Stapel

Schließung des Johannstädter Krankenhauses abgelehnt

In Sitzungstempo wurden weitere Tagesordnungspunkte abgelehnt. Eine längere Diskussion löste der Punkt Schließung des Johannstädter Krankenhauses aus.

Der Oberbürgermeister Kall verteidigte mit ganz banalen und belanglosen Argumenten die Sparpolitik des Rates, indem er immer und immer wieder betonte, daß durch die Schließung des Johannstädter Krankenhauses die Stadt nahezu 1 1/2 Millionen Mark einsparen könne, und daß er hier allein auf weiter Flur für Sparmaßnahmen eintreten müsse. In solchungsollem Sinne wandte sich auch Freund (SPD), der sozialistische Feuersturm gegen den Rat und gegen die Schließung. Unter dem Ruf der Arbeiter und ihrer Wähler, um es bei diesen nicht ganz zu verhehlen, waren sie gezwungen, eine solche Plattform zu belegen, auch auf die Gefahr hin, daß sich ihr Parteifreund und Parteigenosse von ihnen loslagte; was allerdings eines der größten geschehenen Kanones ist, um somit die Verantwortung für die Sparmaßnahmen abzumwälzen.

Der Genosse Reuhof erwiderte auf die Ausführungen von Kall und wies an Hand von bürgerlichem Material auf, daß der Gesundheitszustand der Dresdner und auch der gesamten deutschen werktätigen Bevölkerung katastrophale Formen angenommen hat und nicht in einem so rosen Licht erscheint, wie es Herr Dr. Kall in seiner Verteidigungsrede geschildert hat. Die Lebensfälle der Herz- und Nierenkranken häufen sich immer mehr, was eine Folge der schlechten Ernährung der breiten Volksschichten ist. Die Notverordnungspolitik der Dresdner Ortsvereinschaft, wo von 26.700 erwerbsfähigen Kranken durch Krankenkasse der Vertrauensärzte 16.000 für gesund erklärt werden, zeigt, wie der „gute Gesundheitszustand“ in Dresden aussieht. Herr Stadtrat Kirchhof muß sich sogar hilflos hinter

Korruption oder ...?

Weshalb wurden die 25 elektrischen Winden für den Schlachthof bis jetzt noch nicht bestellt?

Eine interessante Mitteilung erhielten wir aus dem Schlachthof. Doleidit ist bereits seit längerer Zeit durch den Schlachthofauschuh beschloffen worden, zur Elektrisierung der Arbeit in der Rinderstallhalle 25 elektrische Winden zu bestellen. Eine Firma, die ein günstiges Angebot gemacht hatte, war zur Lieferung bereits bestimmt. Schon in der Sitzung soll der Vertreter des Maschinenamtes eine andere Firma vorgeschlagen haben. Diese wurde aber vom Schlachthofauschuh nicht akzeptiert. Der Schlachthofauschuh blieb auf seinem eigenen Vorschlag bestehen. Darauf hat sich Herr Gansauge — der Vertreter des Maschinenamtes — hinter den Stadtbaurat Dr. Wohl gestellt und bis heute die Lieferung hintertrieben. Die Winden konnten bis heute nicht bestellt werden. Nunmehr hat sich — wie wir hören — der Vorstand des Schlachthofes an den Oberbürgermeister gewandt.

Bestellung einfach wochenlang? Soll das Personal weiter der Spielball der gegnerlichen Interessen der zwei Kemter sein? Ist hier etwa persönliches Interesse einzelner maßgebend? Wir sind gespannt, was der Rat zu antworten weiß.

Mit dem Gefäßglas ...

Am gestrigen Abend gerieten am Hauptbahnhof zwei Männer beim Verlassen desselben in Streit. Dabei schlug einer der Männer seinem Gegner, einem Angenieur, mit einem Gefäßglas in das Gesicht. Blutüberströmt brach der Mann zusammen. Er wurde von einer Beamtin der Frauenspolizei nach der Verbandskassette des Hauptbahnhofs gebracht. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte, dessen Verletzungen leicht schwer waren, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird, dem Friedrichstädter Krankenhaus angeführt. Der Täter wurde von zwei Kraftfahrzeugführern auf der Reithauptstraße gefasst und einem Polizeibeamten übergeben, der ihn in Haft nahm.

Galerie Neue Kunst Bildes. Die Ausstellung der Werke von Kolbe und Kofalski in den neuen Räumen, Prager Straße 24, kann nur noch diese Woche gezeigt werden. Diesen Sonntag geöffnet von 11 bis 13 Uhr.

Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse 4 wissen?

Haus Bergmann Klasse ist ein Meisterstück der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für diesen Preis noch nie dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die alle Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20,8 bedeutet für uns: Preisabbau und Qualitätsaufwertung!

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft

Haus Bergmann Klasse 4 DIE Zigarette für Dich und für mich

In jeder Packung Haus Bergmann Klasse liegen Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter



Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A-G, Dresden

Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A-G, Dresden

Sächsische Erwerbslosen-Konferenz für den roten Kandidaten Ernst Thälmann

Am Sonntag, dem 28. Februar, fand in Dresden eine Landeskonferenz der Funktionäre der sächsischen Hungerarmee statt. Es waren über 100 Delegierte aus allen sächsischen Bezirken erschienen. Unter ihnen waren Mitglieder der SAP, SPD, KPD und der sozialistischen Richtung. Der Vorsitzende der Landesleitung, Genosse Siegmund, eröffnete nach kurzem Appell die Konferenz. Vom Reichsausschuss war der Genosse Schröder, Berlin, als Referent erschienen. In seiner zweistündigen Rede schilderte er den rapiden Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Unter dem brutalsten Unterdrückungsabbau haben besonders die jugendlichen Erwerbslosen zu leiden, deren Gesundheitszustand selbst nach den Berichten des Innenministeriums erschreckende Formen angenommen hat. Über 100 000 Jungarbeiter bekommen kaum so viel Unterstützung, daß sie sich ernähren können. Circa 8 Mill. Menschen sind aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen und nur 6,5 Millionen werden sozialisiert. Doch auch in den anderen Ländern, die nicht unter den Tributzahlungen zu leiden haben, steigen die Zahlen der kapitalistischen Elendsarmee fortwährend an. So gibt es im reichen Land der Welt, in Amerika über 12 Millionen Arbeitslose. In industriell entwickelten England ist die Zahl von 2,5 auf 3 Millionen gestiegen. In Frankreich bezieht sich das Erwerbslosentum auf 1,8 Millionen, zu denen noch über 3 Millionen Kurzarbeiter kommen.

Sehr im sächsischen Italien ist die Hungerarmee auf 1,2 Millionen und die der Kurzarbeiter auf 1 Million gestiegen. In diesen Lande wäre das Erwerbslosentum noch größer, wenn nicht 2 Millionen Italiener nach Frankreich ausgewandert wären. Diese wenigen Zahlen zeigen, daß der Kapitalismus in der Niedergangsperiode sich befindet und seine Lohnsklaven nicht mehr ernähren kann. In der gesamten Erwerbslosenbewegung spielt leider zur Zeit die Frau noch eine untergeordnete Rolle. Die vollkommene Entziehung der Erwerbslosenunterstützung bei den Jugendlichen hat den politischen Zweck, sie zu dem sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst“ zu zwingen. Im Laufe eines halben Jahres wurden circa 250 000 Jugendliche für diesen sächsischen Arbeitsdienst angeworben. Alle hiesigen Jugendorganisationen bis zum Reichsbanner haben Arbeitsdienstlager organisiert. Der neuangelegte ungeheure Unterdrückungsabbau der Erwerbslosenunterstützung durch das Zusammenlegen der drei Unterstützungsarten liegt begründet im Erwerbslosensicherungsgebot, gegen das die kommunistische Partei im Jahre 1927 den härtesten Kampf geführt hat. Der sozialdemokratische Professor Dr. Leberer mit seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm lehnte sich ebenfalls für die Arbeitsdienstpflicht ein und fordert für die Industriellen einen 2 Milliarden-Kredit zur Eröffnung der stillgelegten Betriebe um auf diese Art das Erwerbslosentum zu reduzieren. Mit diesen Forderungen begibt sich die SPD auf die gleiche Linie der NSDAP.

Der Krieg ist der einzige Ausweg aller Kapitalisten um noch einmal auf Kosten verlassenen Arbeiterblutes Profite einzuhemeln. Durch den chinesisch-japanischen Konflikt versuchen die imperialistischen Mächte Sowjetrußland zu propagieren und in das Bolschewisten zu verwickeln. Tausende irreführende sächsischen Arbeiter haben sich in Berlin für den japanischen Kriegsdienst bei der dortigen Wehrmacht gemeldet. Das beweist, daß unsere deutsche Bourgeoisie durch die Massenverlesung gefügiges Kanonenfutter liefern will. In der französischen Kammer wird der Krieg als das Allheilmittel zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit propagiert. Wie sich die SPD in den letzten Jahren schiffert hat, zeigt deutlich ihr Einsehen für den alten Generalfeldmarschall Hindenburg als Präsidentschaftskandidat und ihre Respekt vor ihm. Sie begründet das damit, daß Hindenburg als verfassungstreuer Präsident gegenüber Hitler das „kleinere Übel“ sei und verflucht somit, ihre Arbeiteranhänger für die sächsischen Kriegspolitik zu gewinnen. Für die Arbeiter, für alle Erwerbslosen kommt nur der rote Präsidentschaftskandidat Ernst Thälmann in Frage, der Führer der kommunistischen Partei Deutschlands! Mit nicht endenwährendem Beifall wurden die Ausführungen des Genossen Schröder begleitet. In der Diskussion sprachen viele Vertreter der einzelnen Bezirke und Ortsgruppen in denen Erwerbslosenschiffe vorhanden sind. Sie berichteten über ihre geleistete Arbeit zur Mobilisierung der Erwerbslosen, zum Kampf der Klasse gegen die Klasse! Nach kurzer Erklärung trat der SAP-Mitglied Kubly aus Kreitzsch zur SPD über und gelobte alle seine Kräfte einzusetzen. Der SAP-Mitglied Böse begrüßte die Bildung der roten Einheitsfront und die Präsidentschaftskandidatur Ernst Thälmanns. 17 Diskussionsredner sprachen zum Referat und zur vorgelegten Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Sie verurteilt die Linie auf für den kommenden Kampf aller Erwerbs-

losen gegen das verfaulende und korrupte kapitalistische System auf für den Schutz der Sowjetunion und Sowjetrussland! Alle gelobten die Auflage ihrer Zeitung, Der Arbeitssoldat, zu verdoppeln.

Nach kurzem Schlußwort wurde die Sitzung beschließend und arbeitsreiche Konferenz geschlossen. Alle kehrt zurück in ihren Wohnort, um die Mobilisierung aller Erwerbslosen durchzuführen, Kampfstellen zu bilden und um das Fundament zu schmelzen für den Kampf: Klasse gegen Klasse!

Note Versammlungsflut in Freital

In einer öffentlichen Versammlung des Kampfbundes Freital am 25. Februar, die gut besucht war, wurden sechs Abonnenten für das Illustrierte Volkswort gemeldet, eine Anzahl Arbeiter meldeten sich als rote Wahlhelfer, zehn Delegierte wurden gewählt zum Volksdelegiertenkörper.

In der Kundgebung „14 Jahre rote Armee“ am Freitag in Freital wurden eine große Anzahl Broschüren „rote Armee — rote Flotte“ umgelöst. Drei parteilose Arbeiterinnen wurden zum Volksdelegiertenkörper gewählt.

Jeder Wonnig ein Gefchob

Ein Genosse des SB in Sebnitz sammelte in zwei Stunden für den Kampfbund der KPD 15,50 Mark.

Demis-Thummler bei der Werbungs in Freital

Ein glänzendes Werbeergebnis, das weit über den Rahmen der gesamten Party hinaus von Bedeutung ist, hat die Ortsgruppe Demis-Thummler in Freital erzielt. Sie wurde in der Zeit vom 30. Januar bis 20. Februar 45 Abonnenten für das Illustrierte Volkswort, 8 Mitglieder für den Kampfbund, 21 Mitglieder für die rote Hilfe, 1 Mitglied für die Partei, insgesamt wurden verkauft 100 Illustrierte Volkswort, 30 Bauerzählungen, 20 rote Hefen, 375 KZ, 50 Stück Fanfaren, 1000 Karten wurde eine Jugendgruppe der roten Hilfe gegründet. Neben der Zeitheften wurden für 8 Mark Broschüren umgelöst. Welche Ortsgruppe der Oberlausitz ist die nächste, die bräutet?

Freitaler SB löst weiter vor!

Für einen Tag meldeten wir, daß ein Genosse des SB über 12 Mark für den Kampfbund der KPD sammelte. Am Freitag, sammelten 2 Genossen des SB 18 Mark.

Das SB- und Sportfest Freital veranstaltete am Sonntag in Freital eine Filmkundgebung. Die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen begrüßten einstimmig die Kandidatur des hiesigen Ernst Thälmann und sammelten für den Wahlkampf.

Rüstet zum Aufmarsch

der roten Arbeiterfront für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann

am Sonntag, dem 6. März 1931. Stellplätze in den einzelnen Stadtteilen Hauptstallplatz 13 Uhr Weißeritzstraße

„Eiserne“ Hindenburgfront in Wildberg

Verfehlung der Schuldenlosenbeihilfe. Abwürgung des kommunistischen Antrages auf Durchführung der kostenlosen Totenbeihilfe. Weritalige, heraus für den roten Arbeiterkandidaten!

(Arbeiterkorrespondenz 314)

Die Gemeindevorstandssitzung am 22. 2. zeigte den Führern wiederum, wie man von Seiten der Nationalen und Sozialisten um das Wohl und Wehe der werktätigen Einwohner „besorgt“ ist. Gleich zu Beginn konnte man feststellen, daß man auch in Wildberg von Paul Trepte (Zentrumsmitglied) bis zu Robert Richter (Vertreter des bürgerlichen Wahlvereins) die „Eiserne Front“ gebildet hatte. War bisher Genosse G. L. Borchert der Gemeindevorstand, so wählte man diesmal gegen die Stimmen anderer Genossen den Verfehlungsbürgermeister Müller (SPD). In Punkt Konjunkturanzeichen beantragten unsere Genossen, daß man alle Schuldenlosen heir. einer Konjunkturanzeichen bei der Amtshauptmannschaft Weisker melden soll. Dies wurde angenommen. Nachdem wurde noch ein Antrag der Kommunisten abgelehnt, der verlangte, daß man der Konjunkturanzeichen einen entsprechenden Freidenkungsbeitrag eine einmalige Beihilfe von 100 Mark gewährt sollte, die bis zuletzt jeder Einwohner ohne Unterschied erhalten hat. Dies lehnte man auf Grund der Notverordnung ab und löste ein ganz erbarmliches Mädelchen aus. Man wollte der Frau in kleinen Raten etwas geben. Als aber unser Genosse beantragte, daß man da die Beihilfe bezahlen sollte, bis diese 100 Mark erschöpft sind, erklärte man von Seiten der SPD, daß man doch nicht zumuten könne, daß der Bürgermeister aus seiner Tasche die Beihilfe bezahlen soll.

16 Delegierte und Delegierteninnen

wurden bis jetzt für den Volksdelegiertenkongreß am 24. April in Freital, gewählt

Darunter ein Arbeiter, der bis vor kurzem noch Mitglied der SPD war. Ueber die Hälfte der Delegierten sind Frauen. Wo bleiben die Delegierten aus den Betrieben?

Wählt in allen Versammlungen Delegierte.

Daraus ist zu ersehen, daß diese Volksvertreter überhaupt nicht ernstlich daran denken, hier bestend einzugreifen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, hier kommt ihr Leben, daß die auch gewählten Vertreter nicht gewillt sind, für die Armen zu kämpfen einzutreten. Nicht erst danach bei der kommenden Gemeindevorstandssitzung und Bürgermeisterwahl! Seht diese 16 Beiratsmitglieder den wohlverdienten Gehalt! Reicht euch an die rote Einheitsfront gegen „Eiserne“ Hindenburgfront. Arbeit, Brot und Freiheit, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Werbet Mitglieder der KPD, absonst ist Arbeiterstimme oder das Illustrierte Volkswort!

Das kann nicht mehr so weitergehen...

Wo du Hungerst und spuckst — überall ist beschissen. Egal, wo. Ob du im Rücken steht oder ob du dein Geld den Schuppen eingewickelt kriegt, ob du an der Strohkorbhülle hängst wartest, ob du am Schweinemarkt frisst oder ob du im Hof auf der Treppe triffst. Immer wieder dieselbe Leiter: „Wieder fünfzig Pfennige von der Waise abgezogen!“ „Mir kam die die Karte gefallt!“ „Brot zwei Pfennige kostet!“ „Und nun was sollst denn am Christen des Heiligabend?“ Sie wollen einen emittieren!“ „Mensch, das kann doch nicht so weitergehen!“ Das hört du überall und jeden Tag. Das erzählt dir der Hutnachbar und der Bäcker gegenüber, der Mann hinter der Theke und deine Frau, die am Mittwoch mit dem Stammbuch zu Ende ist.

Vorm Matrikulationsnummer: „Verdammt — das muß doch mal besser werden!“ „Gloob das doch nicht mehr!“ „Alles Mist!“ „Da mußte mal bei Käjzen anfragen!“ „Kohlen kriegt keine heimlich! — In freier Luft und nicht!“ „Das kann doch nicht so weitergehen!“ In der Ecke Rosenstraße bleibt einer stehen. „Mensch — guck!“ Da hängt ein Plakat. Einer steht vor: „Das kann nicht mehr so weitergehen. Eine proletarische Bewegung für alle Arbeiter, Erwerbslosen, Sozialisten, Jungfrauen. Mittwoch den 2. März, 14 Uhr im Reglerheim.“ „Was ist das? Was kostet das?“ „In ganzen Groschen!“ „Mensch, das ist aber'n Mist. Der paßt dir doch nicht.“ „Plan, da gehn wir hin! Völlig — alle wamm!“ „Mittwoch den 2. März, 14 Uhr im Reglerheim!“

Massenkundgebung

„Das kann nicht mehr so weitergehen“ Morgen Mittwoch, den 2. März 1931, 14 Uhr, Reglerheim, Friedrichstraße. Unkostenbeitrag 10 Pfennig. Erwerbslosenvereine! Geht!

Verbandsbeleg des KVD

An die Mitglieder der Dresdner Zellen! Achtung, Genossen! Sofort alles mobilisiert für unsere Kundgebung zum Reichspräsidentenwahl am 4. März. 20 Uhr im Reglerheim! — Organisiert sofort Massenkundgebung, überall dort, wo Jungproleten sind, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Jede Jungarbeiter, jede Jungarbeiterin am 4. März im Reglerheim!

Heraus zum Internatio-nalen Frauentag in Freital, Dienstag, den 8. März!

Demonstration: Stellen 17.45 Uhr, Schützenplatz. Aufmarsch 18 Uhr, Schützenplatz. Kundgebung: Goldenes Haus, 19.30 Uhr. Es treten alle Freitaler, Dresden, Mittelsachsen, Westsachsen, Westpreußen, Spreewald, rote Einheitsfront. Infanteriebeitrag: 20 und 30 Pfennig.

Rote Versammlungs-Offensive!

Für den roten Kandidaten der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann!

Mittwoch, den 2. März

- Cusowitz, 20 Uhr, im Gasthof, Ref. Hüner
- Tandenberg, 20 Uhr, Gasthof Rippert, Ref. Heimg.
- Lichtenberg, Rehnitz, Ref. Moich, Deberan
- Dorschenitz, Gasthof Köhner, Schiebler, Brand-C.
- Gahlen, Neubauer, Gasthof, Ref. Günzel, Freital
- Deutscher-Katerberg, Gasthof, Ref. Dehmann, Freital
- Ringendorf, Gasthof, Ref. Günzel, Freital
- Marlenberg, Ref. Billo, Ref. C. Grumpel, Brand, Frauenversammlung.
- Röhndorf, 20 Uhr im Gasthof, Ref. Kamrath, Weisker
- Dürrschütz, Gasthof Walter, Ref. Leberth
- Schmieberg, Gasthof, Ref. U.B.
- Reustadt, ? Ref. Balfel.

Donnerstag, den 3. März

- Eunwalde, 20 Uhr, Goldenes Schiff, Ref. Aug. Ciro.
- Melschitz, 20 Uhr, Gasthof, Ref. Hauptold.
- Alix, 20 Uhr, Gasthof Schuster, Ref. Hüner.
- Rollen, Schützenhaus, 20 Uhr, Ref. Wehl, Leipzig
- Santa, Gasthof, 20 Uhr, Ref. Dünnbier, Freital
- Hoffelbach, Drei Mohnen, 20 Uhr, Ref. Günzel, Freital
- Mühsdorf, Gasthof, 20 Uhr, Ref. Walke, Brand-C.
- Dresden, Deutsches Haus, öffentliche Mittelstandssammlung, Referent: Schrödel, 20.30 Uhr
- Garschütz, 20 Uhr im Gasthof, Ref. Wende, Weisker
- Badmen, 20 Uhr im Gasthof, Ref. Dämmer, Weisker
- Lomnitz, Volksheim, Ref. Scherof.
- Schönborn, Gasthof, Ref. U.B.
- Quoren, Gasthof Gansauge, Ref. Rich. Schneider M.D.
- Dörschitz, Gasthof, Ref. U.B.
- Sebnitz, Stadt Dresden, Ref. Gähler.
- Dresden-Medlan, Schloßhänke, Ref. U.B.
- Kloßke, Referent der KPD, 20 Uhr
- Schönborn, Gasthof, Referent: Firmer, 20 Uhr

- Polenz, Erzgericht, Ref. U.B.
- Obervogelsang, Gasthof, Ref. Kuhl
- Neußdorf, Gasthof, Ref. U.B.
- Illersdorf, Gasthof, Ref. U.B.
- Cunnersdorf, Gasthof, Ref. U.B.
- Kipsdorf, Schöne Aussicht, Ref. Grimmet.
- Altenberg, ? Ref. U.B.
- Niederzimmern, im Hirsch

Freitag, den 4. März

- Heidenau, Turnerhaus, Ref. U.B.
- Frankenstein, Gasthof, 20 Uhr, Ref. Richter, Schöneberg
- Reichenheim, Gasthof, 20 Uhr, Ref. Walke, Brand-C.
- Kühnhaide, Gasthof, 20 Uhr, Ref. Bedert, U. Freital
- Frankenstein, Gasthof, 20 Uhr, Ref. Moich, Deberan
- Cunnersdorf, Gasthof, 20 Uhr, Schiebler, Brand-C.
- Brand-C., Stadt Dresden, 20 Uhr, Ref. Wähe
- Bräunsdorf, Gasthof Strieglitz, 20 Uhr, Ref. Wehl, Leipzig
- Eintracht, Gasthof, „Sonne“, 20 Uhr, Dünnbier, Freital
- Deberan, Hirsch, 20 Uhr, Ref. Hüner, Weisker
- Olitz, 20 Uhr, Stadt Dresden, Ref. Heimg.
- Kleinlaubertitz, Erzgericht, 20 Uhr, Ref. Schale
- Seeligstadt, 20 Uhr, im Gasthof, Ref. Dämmer, Weisker
- Reichstädt, Gasthof, Ref. Rich. Schneider M.D.
- Ödenwiese, Oppels Gasthof, Ref. Weigmann, 9 Uhr, Erz- u. Niederzimmern h. Reustadt, Erzgericht, Ref. Balfel.
- Kleinrossdorf, Gasthof, Ref. Gähler.
- Königsfeld, Schwarzer Adler, Referent: Siegel, 20 Uhr
- Freital, Gold. Löwe, Ref. Barthel
- Polenz, Erzgericht, Referent der KPD, 20 Uhr
- Weisker, Gelpelberg, Ref. Martin Schneider.
- Dresden-Reiß, Gasthof, Ref. U.B.
- Dresden, Deutsches Haus, Ref. Schrödel, Mittelstandssammlung.
- Reutemannsdorf, Gasthof, Ref. Balfel.
- Lichtenhain, Gasthof, Ref. Gähler

Krisenkongreß des ADGB

Loni Sender und der Bundesausschuß. Papierne Resolutionen sollen den Erwerbslosen helfen. Appell an die „öffentliche Hand“ Betriebsarbeiter, gebt die Antwort durch Wahl von Delegierten zum Gewerkschafts-Oppositions-Kongreß in Chemnitz!

Loni Sender schreibt im Zusammenfassungsblatt für die Mitglieder der SPD, unter Bezugnahme auf die Preis- und Preislenkung, mit welcher die Notverordnung vom 8. Dezember 1933 verhängt war:

„Nicht hat die Regierung es gemocht, in die gebilligten Rechte des Preisgesetzes einzugreifen und damit in gewissem Umfange kapitalistische Grundzüge außer Kraft zu setzen. Damit ist wohl zum Ausdruck gekommen, daß wir bereits in ein Stadium der Entwidlung gelangt sind, wo der Fortschritt von Staat und Wirtschaft nur dann möglich ist, wenn das Allgemeinwohl über das private gestellt wird. Das ist gewiß ein für uns ermutigender Sieg eines großen sozialistischen Kampfes.“

Erstling gab bei Herausgabe der Notverordnung ein „feierliches Versprechen“ ab, das darin bestand, eine weitere Schädigung der Massenkonsumkraft durch Lohn- und Unterhaltungsmaßnahmen nicht eintreten zu lassen. Die „Preislenkung“ sollte das gewährleisten, was durch die Rationierung der Rente möglich ist.

Loni wollte das Fortbewusstsein des ADGB in einer am 11. Februar d. J. angenommenen Entschließung fest:

„Die letzte Notverordnung führte die Löhne um durchschnittlich 12 Prozent; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Prozent. Auf diese Weise ist jene „neue Page“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichsausschusses die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.“

Diese „neue Page“ ist also eingetrotten, wie der Bundesaussch...

schicktes ADGB feststellt. Aber SPD und der ADGB wissen, was sie zu tun haben. Die SPD wird — nicht etwa die Tolerierungspolitik aufgeben. Denn — sie wird den Kampf an sein „feierliches Versprechen“ erinnern. Der ADGB ist allerdings etwas „schlauer“. Er ist zu der Einsicht gekommen, daß die Gewerkschaften ein Stück ihrer fahlen Wirkung aufgeben müssen, weil es offenbar nicht möglich ist, eine Veränderung zu erzwingen und die unwirtschaftlichen Stellen aus ihrer Existenz auszuschneiden.

Der ADGB wird also — ohne Zutritt auf dreier Grundlage organisiert? Unklar! — Er gibt ja nur „ein Stück seiner fahlen Wirkung“ auf. —

Am 11. Februar ist nun der Bundesausschuß des ADGB zusammengesetzt, um über Tagesfragen und langfristige Arbeitsbeschaffung zu beraten.

So wurde die Einführung des Krümpersystems behandelt, das den davon betroffenen Arbeitern für die Zeit der Erwerbslosigkeit, die sie dann regelmäßig für einen bestimmten Zeitraum wiederkehrt, die Hälfte der Hungerpensie von Erwerbslosenunterstützung zahlt. Trogden den Führern des ADGB diese Leistungen bekannt sind, daß sie die größten Belohnungen des Krümpersystems.

Beipatz appelliert dann in der Frage der Arbeitsbeschaffung an den Bundesausschuß, diese Frage vor einem größeren Forum aufzuspüren und einen Anliebensantrag einzubringen.

Wie legen den Arbeitern, legt auch nach diesem neuen Manöver der sozialistischen Bürokratie nicht nachließen. Der

Frankfurter ADGB-Kongreß, auf dem sich die Bürokratie für weitere Tolerierung der Notverordnungbillatur einsetzt, hat den breiten Massen die Augen geöffnet.

Das ist „organisierte Kapitalismus“

Zur Frage Arbeitsbeschaffung durch Kreditverweigerung sprach der „Obersteigehille“ Larnow. Nach den für die Arbeiterschaft besonders verheerenden Folgen der kapitalistischen Krise, deren Folgen auf die Schultern der Wertvollen abgewälzt wurden, kommt die Verweigerung der Kreditverweigerung, daß die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft Deutschlands trübe sei. Also, was die Spaten seit Jahren von den Tätern pfeifen, heißt Herr Larnow nun möglich ist. Er stellt weiter fest, daß in absehbarer Zeit, wobei von Verheerungserfolge noch von Seiten der Produktionsmittelherzeugung eine Belebung von selbst kommen könne. Hier sei es Aufgabe der öffentlichen Hand, einzugreifen. Bei der Arbeitsbeschaffung denke man zunächst an eine Million Arbeiter. Dadurch läme eine Steigerung der Kaufkraft um etwa 1 bis 1 1/2 Prozent heraus und eine Inflationsgefahr von dieser Seite sei nicht zu erwarten.

Der folgenden Rede wurde die Ersetzung der Produktion folgen, so daß eine höhere Preissteigerung — das wichtigste Merkmal der Inflation — nicht eintraten würde.

Larnow wendet nun folgenden Rede, der die Organisation der Produktion folgen wird. Da greift sich wohl jeder denkende Mensch an den Kopf und fragt: Ist denn die Kaufkraft, sind denn die Bedürfnisse der Millionenarmee der Erwerbslosen noch nicht groß genug? Könnte nicht die Ersetzung der Produktion sofort einleiten, wenn das kapitalistische System den Millionen seiner Opfer Arbeit und Brot geben könnte? Die Führer des ADGB, die sich dem Kapitalismus mit Leib und Seele verheerlichen haben, verheerlichen bei diesen Worten bemut die Augen, um nicht die Kernfragen berühren zu müssen, nämlich das Behalten der jetzigen Gesellschaftsordnung überhaupt und damit die „Theorie des organisierten Kapitalismus“, der nach den Herren Kappell, Brantl, Hülferding usw. schon „sozialistische Anläufe“ zeigt, sowie auf das „Heinere Hebel“, das sich zwar ungeheuer vergrößert, aber für die Kräfte der Unternehmertums, für die „Heilighellen am Kapitalismus“ immer noch als „Heinere Hebel“ ist.

Man apper ... die Bourgeoisie

Das Resultat dieser Bundesausschusstagung bildet eine Entschließung, in der festgestellt wird, daß die in den letzten anderthalb Jahren erlassenen Notverordnungen den arbeitenden Massen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft keine Entlastung gebracht haben, aber daß die Forderungen der Arbeitlosen von 2,7 Millionen auf weit über 6 Millionen angewachsen ist.

Sie behält sich weiter mit der allgemeinen Verfürgung der Arbeit, mit der Beilegung der Lebensarbeit und der ernstlichen Befähigung des Doppelverdienens. Zum Schluss appelliert man an die Regierung, sich für die von den Gewerkschaften vorgeschlagene planmäßige Arbeitsbeschaffung, von der die Existenz von Volk und Staat abhängt, einzusetzen. Nur so könne der innere Frieden im Reich gelindert und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands, im Innern, wie im Ausland wieder hergestellt werden. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, einen außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Kein Wort von Kampf gegen das kapitalistische System, das Millionen verhungern läßt. Keinen Appell an die Arbeiterschaft, Schlach zu machen mit der Notverordnungspolitik, die schon wieder zum neuen Schlage gegen die wertvollen Massen ausstößt.

Tafel papierene Resolutionen an die Regierung, an die herrschende Klasse, daß auf die Stimme der Gewerkschaften zu hören, um den inneren Frieden zu sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands wieder herzustellen. Das ist alles, was die Heilighellen und Erbfeinde des Kapitalismus zur Belebung der ungeheuren Notlage, zur Sicherung der Existenz von Millionen Arbeitern, Angehörigen und Familien, Kleinrentner und Wittwen, den wertvollen Massen vorzulegen, um sie vom Kampfe um ihre eigenen Forderungen abzuhalten, um sie zu hindern, ihr Gesicht in die eigenen Hände zu nehmen und den Kampf gemeinsam mit der kommunistischen Partei, mit dem Massenbewußten Proletariat Deutschlands um Arbeit, Brot und Freiheit aufzunehmen.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose! Wie bei allen Wahlen, so gehen auch die SPD- und Gewerkschaftsführer heute wieder mit Preisprechungen hantieren, um Stimmung für Hindenburg, für den Kandidaten der Bourgeoisie und des Massenfeindes, einzufangen. Die Millionen Ausgebeuteten und Unterdrückten aber marschieren mit der KPD für den Sieg des roten Arbeiters, Landlosen Ernst Thälmann!

In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaftsversammlung, gilt es Delegierte für den höchsten Gewerkschafts-Oppositionskongreß in Chemnitz zu wählen. Sozialdemokratische, parteilose und christliche Arbeiter, macht Schlach mit den Führern, die euch erneut verheerchen wollen. Nicht euch ein in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

ADGB-Führer und Unternehmer einig über die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung

In Berliner Börsen-Courier vom 24. Februar berichtet der sozialistische Strachus über die Pläne, die den Abbau der Arbeitslosenversicherung zum Ziel haben und über die Verhandlungen, die unter Anwesenheit der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer geführt werden. Wörtlich heißt Strachus:

„Neben einem Punkt herrscht bei allen Beteiligten die gleiche Auffassung: Die Idee der Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung läßt sich in diesen Verträgen nicht länger aufrecht erhalten.“

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsvertreter sind also bereits mit dem Unternehmertum darüber einig, daß die Bedürftigkeitsprüfung auf alle Arbeitslosen ausgedehnt werden soll, was die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung bedeutet. Die Arbeiter, die jahrelang Beiträge bezahlten und weiterhin zahlen sollen, haben dann keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung mehr. Ehe sie nicht das letzte Geld verausgabt, den letzten noch Rest der Bedürftigkeitsprüfung entbehren können.

Die Kampffonds-Marken der KPD



Jeder Parteigenosse sorgt für Massenumsatz im Betrieb, im Büro, auf der Stempelstube und auf dem Land!

gebund veräußert und den Erlös aufgebracht haben, erhalten sie keine Arbeitslosenunterstützung. Alle Arbeitslosen sollen einfach bei der Behörde unterworfen werden, wie heute schon die Arbeiter, die Wohlhabensunterstützung beantragen müssen.

Wie diese Wohlhabensunterstützung ausfällt, ist berichtet worden, daß eine erneute Herabsetzung geplant ist und zwar beträgt, daß 5. 2. Familien, die bisher noch 30 Mark monatliche Unterstützung erhielten, nur noch 15 Mark erhalten sollen.

Arbeitslose, Betriebsräte, kämpft mit Ernst Thälmann um den Kampf und Unterhaltungsabbau!

ABD-Vertreter bei den tschechischen Arbeitsbrüdern

Am Montag, dem 22. Februar d. J., fand eine Massenversammlung der Singen-Arbeiter statt, in welcher Genosse Loni Sender über die weiteren Maßnahmen zur Unterstützung der noch nicht angestellten Arbeiter und Arbeiterinnen ein Referat hielt. Nach ihm sprach, kürzlich begrüßt, der Genosse A. W., Mitglied der ABD Leipzig, Jittou, welcher der Singen-Arbeiter die revolutionäre Größe der Massenbewußten Textilarbeiter-Schicht übertrug. Er verwies in seinen Ausführungen darauf, daß der erfolgreiche Singen-Kampf auch in Sachsen mit großem Interesse von der Textilarbeiter-Schicht verfolgt wurde. Es hand von Taktischematerial sowie die internationalen Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise und die Beziehungen zur Bourgeoisie, die Krise in allen kapitalistischen Staaten auf Seiten der Arbeiterschaft zu überwinden. Diese Veruche der Bourgeoisie in allen kapitalistischen Staaten erfordern die enge Zusammenarbeit der Textilarbeiter-Schicht im internationalen Kampf, die Organisation und Führung von Wirtschaftskampfen ohne Rücksicht auf Nation und Grenzen, unter der Führung der ABD und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Die unverzichtbare Rolle der reformistischen Führer ist in allen Ländern die gleiche. Haben sie drüben sich die selben bemüht, den allumfassenden Kapitalismus zu lösen und den proletarischen Massen aus der Krise zu retten. Seine Ausführungen wurden kürzlich beantwortet und zwei Delegierte zur Grenzüberquerung gewählt.

Diese Versammlung war ein weiterer Schritt zur inter-

nationalen Zusammenarbeit der Massenbewußten Textilarbeiter-Schicht in der Schaffung der Kampffondsaktion der Textilarbeiter-Schicht, im Kampf für Brot, Arbeit und die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Zwiesgespräch bei Hartwig & Vogel

(Arbeiterinnenkorrespondenz Nr. 327)

Arbeiterin Anna: Schon wieder sollen Arbeiterinnen entlassen werden. Man weiß gar nicht, ob man nicht ebenfalls bald stempeln gehen muß.

Arbeiterin Hilke: In der Betriebsversammlung hat doch der Betriebsrat Kunde extra ausgeführt, daß keine Entlassungen vorgenommen werden. Warum berichtet der uns nicht richtig darüber? Manchmal weiß ich gar nicht, was ich von ihm halten soll.

Arbeiterin Anna: Na, hier bloß auf mit unserem Betriebsrat! Der steht ja mit der-Direktion gegen uns. Er hat schon oft genug Entlassungen und Lohnabbau zugestimmt. Was hat er denn vorgehabt gegen den neuen Ingenieur, der neue Methoden zu unserer weiteren Ausbeutung einführen soll? Gar nichts!

Arbeiterin Hilke: Hast Du das Flugblatt gelesen, das im Betrieb angebracht war, in dem der SPD-Arbeiter Völkel auffordert, Thälmann zu wählen, und das Kunde abgerissen hat? Ich verstehe nicht, warum SPD und KPD nicht einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Sie können doch mal einig sein.

Arbeiterin Anna: Was, der hat den Zettel abgerissen? Na ja, der wird ja auch Hindenburg wählen. Weißt Du, ein richtiger Arbeitervertreter darf niemals Lohnabbau und Entlassungen zustimmen. Wir kommen doch mit unseren paar Pfennigen schon so nicht aus, und wenn wir alle einig wären, könnten wir gegen diese Maßnahmen ankämpfen. Was will denn der Unternehmer machen, wenn wir einfach die Arbeit niederlegen. Aber Kunde sabotiert ja jeden Kampf. Und mit der Präsidentschaftswahl ist es doch richtig, daß die Kommunisten einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben. Wir können doch nicht die reaktionären Kandidaten Hindenburg, Hitler usw. wählen. Daß die SPD-Führer für Hindenburg sind, zeigt ganz klar, daß sie gegen die Arbeiter sind.

Hast Du schon gehört, daß am 8. März Internationaler Frauentag ist? In Dresden soll auch am 6. März eine große Demonstration für Thälmann durchgeführt werden, wo die Frauen unter Führung der Kommunisten für ihre Forderungen demonstrieren. Da könnten wir auch mal mitgehen.

Arbeiterin Hilke: Ich sehe ein, daß sich nur die Kommunisten wirklich um die Arbeiterinnen kümmern. Ich gebe auch mit und wir werden auch andere mitnehmen!

Alle Betriebsarbeiterinnen demonstrieren am 6. März mit der Kommunistischen Partei!

Steinbruchsarbeit in Holzpantoffeln!

(Arbeiterinnenkorrespondenz Nr. 293)

Hilbersdorf bei Schatz. Seit etwa einem halben Jahre führt eine Kolonne von 15 Wohlhabensempfängern im Auftrag der Gemeinde Steinbruchsarbeiten durch. Da diese Wohlhabensempfänger durchaus nicht das nötige Schwerkraft für diese Arbeiten besitzen und dieselben von der Gemeinde anforderten, wurden auf Anordnung des kleinen Büchlers aus dem zusammengekauften Geld der Winterhilfe Holzpantoffeln angeschafft. Selbst vom der SPD-Gemeindevorstandesmitglied, die angeblich ein so warmes Herz für die Opfer dieser Gesellschaftsordnung hat, wurde die Forderung der Wohlhabensempfänger auf Schwerkraft abgelehnt, indem sie für die Anschaffung von Holzpantoffeln stimmte. Die Wohlhabensempfänger müssen in diesem Steinbruch arbeiten durchzuführen wie: Steine schlagen und brechen usw. Sie sind durch diese Holzpantoffeln der dauernden Gefahr ausgesetzt, sich schwere Körperliche Schäden durch Kugeln zuzuziehen. Wohlhabensempfänger, die es ablehnten, diese halbherzige Arbeit bei solcher Fußbekleidung zu leisten,

wurde mit Entzug der Unterstützung gedroht. Ebenso drohte der Bürgermeister denjenigen, welche keine Schuhe für den Weg von und zum Steinbruch besitzen und sich weigerten, in Holzpantoffeln hin und her zu laufen, mit Unterstützungssperre. Obwohl die Gemeinde schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht wurde, Arbeit im Steinbruch zu schaffen, ist bis heute noch nichts geschehen.

So wird höchste Zeit, daß sich die Berufsgenossenschaft einmal um diesen Missetrieb kümmert und dafür sorgt, daß kapitalistische Einrichtungen geschaffen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat nichts unternommen, um Abhilfe zu schaffen. Sie hat im Gegenteil alle Maßnahmen des Bürgermeisters gegen die Wohlhabensempfänger unterstützt.

Arbeiter, das ist die „Eiserne Front“, für die man auch einsteigen will, um auch vom Kampf für eure Forderungen abzuhalten. Diese Front geht von SPD-Kenner bis zum Rittergutsbesitzer. Eure Interessen betrifft nur die KPD und die kommunistische Partei!

Rund um den Erdball

5 Minuten Wahldebatte

„An den hat Hitler sich versündigt...!“



Strassenhändlerin: „Na, Herr Kommerzienrat, nicht 'n paar prima vollsaftige Palästina-Äpfelchen für die Kinderchen mitnehmen?“

Passant: „Kaufe keine ausländische Ware. Und überhaupt sollten Sie sich was schämen, als deutsche Frau für's Ausland Geschäfte zu machen...“

Strassenhändlerin: „Was sagen Sie, ich mach für's Ausland Geschäfte? Meine Äpfelchen sind ausländische Waren? Und meine — meine...“

Passant: „Jawoll, Frau, wenn Sie es noch nicht wissen sollten, Ihre Äpfelchen kommen aus Palästina, die haben die Juden...“

Strassenhändlerin: „Nu will ich Sie mal was sagen, Sie Mänschen. Ob meine Äpfelchen aus Palästina kommen, jetzt Sie 'n Deck an; solange in Mecklenburg oder Pommern keine wachsen, watoosch ist ja.“

Passant: „Oho! Als deutscher Volksgenosse habe ich die Pflicht, Sie aufzuklären, daß Sie sich am deutschen Volksermögen versündigt.“

Strassenhändlerin (zur Arbeiterfrau): „Ham Sie gehört, Frau Plüschke, ich tu mir versündigen, locht der, wenn ich Palästinaäpfelchen verkaufe. Kee, so wat... Alt und grau bin ich geworden, aber so dämlich ist mir noch keener gekommen.“

Frau Plüschke: „Lassen Sie man, Frau Budich, der Mann kann nicht dafür. Der hat noch nich aufs Wohlfahrtsamt Schlange gelanden. An dem hat Hitler sich versündigt.“

Passant: „Sie sind ja margisch verknüpft, Sie Hehrchen Sie!“

Strassenhändlerin: „Nu verdrücken Sie sich über junger Mann! Zu mir alle Frau sagen Sie, ich verdrücke mich und zu die anständige Frau da sagen Sie, die is verknüpft. Was wollen Sie denn eigentlich von uns, he?“

Passant: „Jeder aufrechte Volksgenosse wählt selber.“

Strassenhändlerin: „Und Sie, junger Mann, lassen sich freuen, daß meine Äpfelchen ausverkauft sind. Ein tauler Mann drunter sein können und den hätten Sie bestimmt mangs Schick jetzticht. So, nu wissen Sie, wat ich von Hitlern denke.“ (Wohin geht wütend weiter.)

Frau Plüschke: „Den ham Sie et aber jegerigt, Frau Budich.“

Strassenhändlerin: „Ja, aber wen soll man denn nun wählen als alle Frau, die ihr langet Leben lang sich geradert und abgehunden hat? Etwas Hindenburg oder he andern da...?“

Frau Plüschke: „Bei Sie da auch noch fragen Frau Budich! Für uns Arbeiter und kleine Leute kann doch bloß ein Kandidat in Frage kommen, der wolk, war Arbeit is. Na, er det weiß doch von alle vier Kandidaten Moh einer. Was det is der Arbeiter Ernst Thälmann!“

Mit Thälmann gegen Unterdrückung der Geistesfreiheit!

Die feuergefährliche „Mutter“

Baupolizei als Zensor proletarischer Theaterstücke — Verbot auf kaltem Wege

Berlin, 29. Februar. Im Moabitier Gesellschaftshaus zu Berlin sollte am Sonntagabend eine Wiederholung der Aufführung des erfolgreichen Brechtschen Stückes „Die Mutter“ durch die bekannte „Gruppe junger Schauspieler“ stattfinden. Die polizeiliche Genehmigung dazu war angefordert und gegeben worden. Die Vorbereitungen waren getroffen, als 24 Stunden vor der Aufführung ein Brief der Theaterabteilung der Baupolizei eintraf, daß man Aufführungen in dem Saal nicht dulden könne. Außerdem „lege kein Bedürfnis für die Aufführung vor“.

Wir können uns denken, daß die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Graefenlin kein Bedürfnis nach revolutionären Lehrstücken empfindet. Das Publikum aber war anderer Meinung; das Theater war ausverkauft bis zum letzten Platz. Aber auch in anderer Beziehung scheint die Polizei sonst weitherziger zu sein: wenn Operettenkomponisten wie „Polnische Wirtschaft“ auf dem Programm stehen, so hat die „Baupolizei“ nichts gegen die Aufführung einzumenden. So

werden an etwa 150 Abenden im Jahr in diesem Saal siebenhundert Aufführungen veranstaltet.

Daß es sich nicht um die Frage der „Formelhaften Schärfe“ des Publikums handelte, sondern höchstens um die „geistige“, ging auch aus dem Verlauf der Veranstaltung hervor. Die Schauspieler hatten darauf verzichtet, mit Kostümen und Kulissen zu spielen. Sie spielten die Rollen ohne Zubehört. Das Publikum war begeistert. Die Polizei mischte sich ein, so daß man schließlich sogar auch auf das Auf- und Zuziehen des Vorhangs verzichten mußte.

Aber auch das war noch nicht sicher genug, da sich der polizeiliche Polizeikommissar weigerte, mit Verbot einzuschreiten, während sich der Baupolizist wieder ein und gab erst Ruhe, als die Schauspieler sich in einer Reihe auf die Bühne setzten und ihre Köpfe herunterließen. Trotzdem war die Wirkung der Aufführung ausgezeichnet. Durch das „Mitspielen“ der Polizei wurde die Wirkung noch wesentlich gesteigert.

Um die juristische Seite der Frage zu berühren, sei erwähnt, daß die „Bedürfnisfrage“ nur im Falle des Konzessionszwanges zu stellen ist. Konzession wurde aber in diesem Falle nicht verlangt und brauchte auch nicht gegeben zu werden, weil es sich um eine geschlossene Veranstaltung handelte. Selbstverständlich war es die Absicht der Polizei, auf kaltem Wege Verbot zu erreichen, was man durch ein Verbot erreicht hätte. Ein offenes Verbot wagte man in diesem Falle deshalb nicht, weil das Stück „Die Mutter“ auch von der bürgerlichen Öffentlichkeit als Kunstwerk bezeichnet wird, das mit künstlerischen, nicht mit politischem Maßstab zu messen sei.

Die Veranstaltung zeigte dem überfüllten Haus wieder einmal, daß die verfassungsmäßige „Geistesfreiheit“ nicht nur existiert. Die herrschende Klasse verbietet, was ihr gefährlich ist. Gegen diese Unterdrückung des Wortes kämpft die Kommunistische Partei. Der rote Arbeiterkandidat Ernst Thälmann ist ihr Führer. Ihn wählen und mit ihm kämpfen heißt die Front jeder Unterdrückung, auch der geistigen, abwehren.

Schreckensszenen während einer Kindervorstellung:

Kinder im brennenden Kino

Fünfzehn Kinder schwer verletzt — Mehrere in Lebensgefahr

Sofia, 29. Februar. Während einer größtenteils von Kindern besuchten Vorstellung im Kutschker Loukina Royal brach angeblich durch die Unachtsamkeit zweier Schüler der technischen Mittelschule, die als Operateure fungierten, ein gefährlicher Brand aus.

Ein vergessenes Filmband hatte Feuer gefangen. Der Brand griff rasch auf die im Operateurraum lagernden Filmbreizen und schließlich auch auf die Galerie im Zuschauerraum über. Die Galeriebetrücker sprangen ins Varietee. Alles drängte in wilder Panik zu den Ausgängen. Durch Brandwunden und Knochenbrüche wurden fünfzehn Personen schwer verletzt, überwiegend Kinder. Die Zahl der leichter Verletzten ist sehr groß.

Der Direktor des Kineaters und die beiden jugendlichen Operateure wurden in Haft genommen. Von den Schwerverletzten ringen einige mit dem Tode.

Brandkatastrophe im Altersheim

12 Greise ums Leben gekommen

Stockholm, 29. Februar. Ein furchtbares Brandunglück, dem zwölf Personen zum Opfer gefallen sind, wird aus dem Städtchen Soerbojs in Mittelschweden gemeldet.

In dem dortigen Altersheim brach gegen 5 Uhr morgens aus bisher unbekanntem Gründen Feuer aus, das schnell um sich griff und das Gebäude bald in Flammen hüllte. Die Insassen hatten ihre Schlafräume im obersten Stockwerk, so daß die schnell alarmierte Feuerwehr mit Leitern versuchen mußte, die alten Leute durch das Fenster zu holen.

Ein großer Teil von ihnen war bereits durch starken Rauch bewußtlos geworden und wurde in das nahegelegene Schulhaus gebracht. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben bei neun Personen erfolglos. Weitere drei Personen starben an den erlittenen Brandwunden.

Eufmord im Saargebiet

Täter schreibt Briefe wie Massenmörder Kürten

Strasbourg, 29. Februar. Die Ermordung eines 18-jährigen Mädchens auf einem Felde zwischen Hildighelm und Kronenburg hat die hiesige Bevölkerung in große Aufregung versetzt. Es scheint sich bei dem Mörder um einen Sadisten zu handeln, dessen Gebaren an die Morbtaten des Massenmörders Kürten erinnert.

Das Mädchen wurde völlig nackt auf dem Felde liegend auf-

gewaltsam worden sei, hat sich nicht bestätigt. Ein heftiger Kampf mit dem Mörder muß vorangegangen sein. Man fand im Umkreis von einigen hundert Metern die Kleidungsstücke des Mädchens.

Der Polizei wurde ein Zettel zugesandt, auf dem der Ort der Tat und die Nachricht, daß das Mädchen ermordet worden ist, enthalten war. In dem Augenblick, als der Brief eintraf, hatte man das Mädchen trotz aller Nachforschungen noch nicht gefunden. Von dem Täter hat man bisher noch keine Spur entdecken können.

Hundert Fischer aus Seenot gerettet

Eine Heldentat der roten Sowjet-Matrosen

Moskau, 29. Februar. Wie aus Harina gemeldet wird, gelang es der sowjetrussischen Rettungsexpedition, nach Ueberwindung schwerer Hindernisse die hundert russischen Fischer zu retten, die sich seit mehreren Tagen auf einer treibenden Eisscholle im Finnischen Meerbusen befanden. Russische Militärflugzeuge sichteten am Sonnabend etwa 50 Kilometer vom Strand entfernt die Eisscholle mit den Fischern und warfen Lebensmittel ab. Bei der Rettung waren die unglücklichen Fischer halb erstoren.

Gruben-Massenmord in Virginia

Dreißig Kumpels werden als verloren betrachtet

Newport, 29. Februar. Von den bei der Grubenexplosion in Pocahontas (Virginia) verunglückten 30 Bergleuten wurden am Sonntag 14 als Verlebten geborgen. Für die übrigen Verunglückten besteht keine Hoffnung auf Rettung mehr, da die Grube vollständig mit Gas angefüllt ist. Der Explosionsherd liegt drei Meilen vom Schachteingang entfernt. Die Rettungsarbeiten gestalten sich besonders schwierig, zumal die Rettungsmannschaften dauernd mit Gasmasken arbeiten müssen.

Blitz schlägt in Hochzeitgesellschaft

Einer Meldung aus Johannesburg in Transvaal zufolge, hat der Blitz in ein Gebäude eingeschlagen, in dem eine Eingeborenenhochzeit gefeiert wurde. 11 Personen wurden auf der Stelle getötet.

Vier Tote bei einer Flugzeugkatastrophe

Nach einer Meldung aus Tokio kürzte ein japanisches Passagierflugzeug bei Yamata in Kiutschu ab.

Heran an die Naziproleten!



Du hast unter den Nazis Bekannte oder sogar Verwandte? Dann bist du ein schlechter Wähler, wenn du diesen irregulierten Proleten nicht die Broschüre: „Wofür kämpft die SA?“ in die Hand drückst. Preis 10 Pf.

sondern darüber hinaus auch die sogenannten „privaten“ Schulden an das ausländische Finanzkapital und deren Zinsen. Das bedeutet allein für diese „privaten“ Schulden jährlich zwei Milliarden Mark.

Schlimmstes Verbrechen: Imperialistischer Krieg

Während wir hier verlammt sind, donnern in Schanghai die Kanonen, legt der japanische Imperialismus seine Krallen um die Gurgel des chinesischen Volkes, vernichtet mit Gasgranaten und Fliegerbomben, mit Trommelfeuer ganze Dörfer und Städte, ganze Stragenszüge der roten Arbeiterfront in der Millionenstadt Schanghai, wehelt Tausende und aber Tausende chinesischer Arbeiter nieder.

Manche sozialdemokratischen Arbeiter fragen sich erstaunt: Wo bleibt das Instrument, das ihre Führer ein „Instrument des Friedens“ genannt haben, der „Bölkerverbund“?

Wir Kommunisten haben den Arbeitern seit jeher gesagt, daß der Völkerverbund nicht ein Friedens-, sondern ein Kriegsinstrument ist, das nur den Zweck hat, die arbeitenden Massen durch pazifistische Illusionen anzufangen für die dunklen Pläne der kapitalistischen Mächte. In Genf tritt die freche Fracke der japanischen Imperialisten zutage. Der chinesische Vertreter, der dort die kapitalistischen Mächte um Hilfe anging, wurde behandelt, wie man nicht mit einem Hunde umgeht. Der Sozialdemokrat Boncourt, sozialdemokratischer Agent der französischen Bourgeoisie, magte, den Krieg im Fernen Osten als „ein Rißverständnis“ zu bezeichnen.

Nur eine Macht in der Welt gibt es, die wirklich für den Frieden kämpft, das ist die Sowjet-

ern vom Lande mit euren Entbehrungen und mit eurer Arbeit aufbringen müßt!

Aber das alles, der Hunger und der Faschismus, sind noch nicht die schlimmsten Verbrechen der kapitalistischen Mächte und ihres Systems. Ihr schlimmstes Verbrechen heißt: imperialistischer Krieg.

union. Von Versailles bis zum Hoover-Plan haben wir Kommunisten der Bourgeoisie rückwärts los die Maske vom Gesicht gerissen. Auch auf der heutigen sogenannten Abrüstungskonferenz ist der Vertreter der Sowjetregierung, Genosse Litwinow, der einzige, der wirklich gegen den imperialistischen Krieg kämpft.

Genosse Thalmann beschaffte sich dann ausführlich mit den Problemen des japanisch-chinesischen Krieges, wobei er das berühmte Tanaka-Memorandum, in dem die Ziele des japanischen Imperialismus mit brutaler Deutlichkeit dargelegt werden, zum Beweis für die Kriegspläne gegen die Sowjetunion heranzieht.

Der Krieg im Fernen Osten zeigt uns den ungeheuerlichen Plan der Imperialisten, China aufzureißen und zu verfallen und die chinesische Sowjetrevolution mit blutiger Gewalt zu erdrücken. Aber dieser Krieg richtet sich zugleich gegen die Sowjetunion. Schon bilden sich in der Mandchurie weißgardistische Armeen, um das kommunistische Mandchurien anzugreifen. Nachdem der japanische Imperialismus die Kriegspfeile entzündet hat, erwacht

die ungeheuerliche Gefahr, daß unmittelbar das Weltverbrechen der Imperialisten, der Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union entbrennt

Genossen, ich sage mit allem Ernst, daß die Stunde des Krieges gegen die Sowjetunion noch nie so nahe war, wie jetzt. Die Bourgeoisie aller Länder sieht in dem Krieg das große Geschäft.

Das zeigen zahllose Auslassungen der bürgerlichen Presse. Auch solche Zeitungen wie der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, hehen zum Kriege. Die Aktien der Rüstungsindustrie steigen.

Die Plenartagung des ZK.

Die Plenartagung des Zentralkomitees unserer Partei, die vor einigen Tagen stattfand, hat deshalb mit Recht in den Mittelpunkt unserer revolutionären Arbeit den Kampf gegen das imperialistische Kriegsverbrechen gestellt. Wir rufen: Hände weg von China! Gegen die Ausbeutung Chinas durch die Imperialisten! Für den Schutz der chinesischen Sowjetrevolution! Und vor allem: Für die aktive Verteidigung der Sowjetunion!

Wir erklären von dieser Stelle: Wir sind die einzige Partei, die für den Frieden kämpft. Die Verteidigung der Sowjetunion ist die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes der Arbeiter aller Länder. Wenn die Imperialisten den Angriff auf die Sowjetunion wagen sollten, wird das eintreten.

was unser Genosse Stalin gesagt hat:

die Rote Armee und die Rote Marine, die das Schwert der Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt sind, die getragen sind vom Klassenbewußtsein des russischen Arbeiter- und Bauernvolkes und die darum allen Söldnerarmeen und sonstigen Heeren der kapitalistischen Länder hundertfach überlegen sind, — diese Rote Armee und Rote Marine wird in enger Verbundenheit mit dem internationalen Proletariat nicht zulassen, daß auch nur ein Fußbreit sowjetrussischen Bodens von den Imperialisten geraubt wird. (Langanhaltender Beifall.)

Die russische Revolution hat dreihundert Millionen zaristischer Schulden annulliert. Die Imperialisten waren nicht in der Lage, der Sowjetunion auch nur einen Pfennig der zaristischen Schulden, einen Pfennig für Reparationen und Tribute abzutragen. (Stürmischer Beifall.)

Zwei Systeme stehen sich in der Welt gegenüber:

Auf der einen Seite das System des Hungers, des Faschismus, des Krieges, das System der Diktatur der Bourgeoisie. Auf anderen Seite: der Sieg der Diktatur des Proletariats, der Sieg des Sozialismus!

11 Jahre proletarische Diktatur in der UdSSR — das bedeutet einen ungeheuren Triumph der revolutionären Bewegung. Die Sowjetunion zeigt uns den Ausweg des Sozialismus. Es ist eine Tatsache, daß der Fünfjahresplan in vier Jahren vollendet wird. (Beifall.) Ein riesiger Aufbruch der Industrie und der gigantischen Getreidefabriken auf dem Lande vollzieht sich. Neue Städte wachsen aus der Erde. Die Löhne steigen. Das Proletariat ist die herrschende Klasse und hat die Waffen in seinen Händen. Die Arbeitslosigkeit ist völlig ausgegrenzt. (Beifall.)

Der zweite Fünfjahresplan, der die Rolle der Klassen befestigt, bedeutet eine neue gigantische welthistorische Wendung.

Früher sprachen wir vom Zukunftsstaat

Jetzt sehen wir mit unseren eigenen Augen, wie die sozialistische Gesellschaft in der Sowjetunion aufgebaut wird. Selbst die Bourgeoisie kann die Erfolge des sozialistischen Aufbaues nicht mehr wegleugnen. Nur eine Fäule: die gesamte Produktion der kapitalistischen Industrie auf der ganzen Welt ist gegenüber 1926 um ein Fünftel gesunken, obwohl die Kriegsindustrie dabei eingerechnet ist, die fieberhaft arbeitet. In der Sowjetunion ist aber zu gleicher Zeit die Industrieproduktion um 120 Prozent, das heißt um sechs Fünftel

gestiegen. Hier zeigt sich die ungeheure Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft unter der proletarischen Diktatur.

Wir Kommunisten zeigen den proletarischen Ausweg auch in Deutschland

Auch gegen die Young-Sklaverei und gegen Versailles gibt es nur ein Mittel: Die Arbeiterklasse muß an die Stelle der kapitalistischen Sklaverei den Sieg des Sozialismus setzen! Auch die Präsidentschaftswahlen im Zeichen des Kampfes der beiden Welten: Dort die kapitalistische Welt der Kriegsherrn, der Kapitalisten, hier die Welt der Arbeiterklasse und des Sozialismus!

Für die Generaldemonstration von Hindenburg, für den die Leptars und Kesse ihre Unterschriften unter den nationalpolitischen Wahlauftrag geleistet haben, in dem der Sozialist, Hindenburg habe während des Krieges „unseren Völkern

Kampf-Deklaration des Zentralkomitees

Vor wenigen Tagen, auf der letzten Sitzung unseres Zentralkomitees, haben wir eine neue Deklaration des ZK der KPD beschlossen, die der Öffentlichkeit übergeben wird. In dieser Deklaration heißt es:

„Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin im Betrieb, jeder Erwerbslose an der Stempelle, jeder Angestellte im Kontor, jeder Handwerker und Kleingewerbetreibende, jeder Bauer hinter der Pflugachse muß das eine wissen:

Solange der Kapitalismus in Deutschland besteht, solange kann es keine Befreiung von den Ketten des Versaillescher Raubfriedens und der Young-Sklaverei geben!

Solange die Fabriken, die Bergwerke, die Banken und großen Güter der privatkapitalistischen Ausbeutern gehören, solange wird die herrschende Klasse auch im Dienste des internationalen Finanzkapitals die deutschen Arbeiter und Werktätigen doppelt ausplündern und unterdrücken! ...

Wer das Doppeljoch der sozialen und nationalen Sklaverei jenseitiger will, der marschiere mit der kommunistischen Partei! In unseren Reihen steht die Blüte der proletarischen Jugend. Die mutigen, opferbereiten und kampfgewohnten Regimenter der deutschen Arbeiterklasse folgen uns.

An alle Werktätigen Deutschlands ergeht unser Ruf: Kampf mit uns gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltseraub, gegen jeden Pfennig Unterdrückungs- und Rentenraub, gegen jeden Pfennig erhöhter Steuerlast! Jeder Großheim, den man auch nimmt, ist ein Tributgeld für die Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs, Englands und Amerikas!“

(Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Diese Deklaration ist für uns eine neue Waffe, um die Massen mit gewaltigem Elan zu mobilisieren, unsere Kampfformationen zu stärken und zu erweitern. Es gibt heute Millionen in Deutschland, von denen keiner weiß, ob er jemals wieder in den Produktionsprozess zurückkehrt, ob er in den Schächten, in den Fabriken, im Handel oder Verkehr jemals wieder Arbeit bekommt.

Diese Armen werden dem Hungertode entgegengetrieben. Die Kapitalisten, die sozialdemokratischen Führer und die Sozialisten reden alle gerne von der „Volksgemeinschaft“. Was soll dieses Wort? Was haben die kapitalistischen Völkerausplünderer mit dem arbeitenden Volk gemein? So viel, wie die Laus mit dem Menschen gemein hat!

Zwei Fronten stehen sich nonnantiher!

Der Kampf zwischen diesen beiden Klassenfronten wird in Deutschland immer heftiger werden. Schon ründet die Hitlerpartei verhärteten Nordtrotz an. Bett Gregor

regem in Feindesland getragen.“ Dies sehen wir die Kriegslüththeit der deutschen Bourgeoisie.

Der zweite Kandidat, Herr Duesterberg, ist der Leihende des Stahlhelms, dessen Ehrenvorsitzender Hindenburg heißt. Hier kann man nur sagen: Gleiche Kasse, gleiche Brüder!

Auch der dritte Kandidat, den die Partei des feindlichen Nordtrotzes aufgestellt hat, der Mann der gemeinamen Kontingenzen mit den Industriellen, Adolf Hitler, ist der Tabak der sozialen und nationalen Befreiung. Hitler hegt im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung und Erhaltungspolitik seine Wörder auf die proletarischen Freiheitskämpfer!

Dreimal — heute erneut — haben die Nazis im Reichstag gegen die Einsetzung der Tributzahlungen und gegen den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund Stellung genommen und die kommunistischen Anträge, die diese Forderungen enthalten, zur Ablehnung gebracht.

Gegen diese vereinigte Front der Arbeiterfeinde rufen wir die Arbeiter, werktätigen Schichten, die Frauen und die Jugend an!

Den sozialistischen Angriffen stellen wir die Front des roten Massenelblichuges entgegen. Niemals werden die Arbeiter Deutschlands, dieses hochentwickeltesten Industrielandes, es zulassen und zugeben, sich die Nationalsozialisten ins Land erobern. Aber der Kurs der Politik der Bourgeoisie zur Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen richtet sich nicht nach der Frage der Zusammenlegung der Regierung.

Die Brüning-Regierung ist es, die die Politik der Durchführung der sozialistischen Diktatur in Deutschland betreibt. Das christliche Zentrum, angezogen von Hindenburg diesem Antreiber und Einpeitscher der Politik des Finanzkapitals, ist es, das keine Allianzen gegen die Massen.

die Politik der „kalten Faschisierung“

durchführt. Das christliche Zentrum, die Partei der Sozialverordnungen, die Partei, die mit der Sozialdemokratie die größte Verantwortung für das ganze Völkerverbrechen trägt, es, die im Dienste des Finanzkapitals die wechselseitige Ausnutzung der SPD und der Nazis betreibt.

Die ganze Offensiv der Bourgeoisie richtet sich gegen unsere Partei, die die Bourgeoisie in die Illegalität drängen möchte. Die Massen kämpfen mit äußerster Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung der Legalität. Wenn eine Partei, wie die unsere, die nicht bloß durch bloße Formeln, sondern durch Kampf und durch Opferhaftigkeit zusammengeschiebet ist, von der Bourgeoisie gezwungen würde, von der Legalität zur Illegalität überzugehen, dann erklären wir in diesem Wahlkampf:

Wir werden niemals, weder in der Legalität, noch in der Illegalität, unsere revolutionären Pflichten gegenüber dem Proletariat vernachlässigen oder einbüßen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Wir fühlen uns mit den Massen verbunden, denn wir verkörpern die Zukunft. Wir verkörpern den Ausweg. Wir sind die einzige Partei, die den Massen ein Programm vorlegen, einen Weg weisen kann. Im August 1930 hat das Zentralkomitee unserer Partei sein Freiheitsprogramm beschlossen, das den Weg der sozialen und nationalen Befreiung aufzeigt.

Stroher, erklärte vor einigen Wochen mündlich, was die Hitlerpartei für ein Regierungsprogramm hat:

„Mazgisten gibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wer sich zu irgendeiner Internationalen bekannnt, hört auf, ein Deutscher zu sein. Und wer etwa „Heil Hooser“ rufen sollte, wird aufgehängt.“

Ober nimmt das Essener Nachrichtenblatt, das für das Reich antündigte, daß „Die bleichen Knochen der NSD-Führer im leichten Morgenwinde an den Unternehmischen gegeneinander klappern“ werden.

Wie viele blutigeren, terroristischen Pläne werden an der heldenmütigen Todesoperierung und der proletarischen Kampfschloßheit der roten Einheitsfront zu realisieren. Millionen stehen schon heute mit Kopfbedeckung gegen das kapitalistische System. Millionen denken daran, es nicht so weiter gehen, Millionen rufen sich bereits in die rote Massenfront ein. Die heutige gewaltige Bewegung der tiefen Verbundenheit der Massen mit unserer Partei, die die einzige Partei des Proletariats in Deutschland ist, schmeißt ein neues Beispiel: Selbst der Mittelstand wagt sich zur Wehr. Das zeigt der Bierstreik in Berlin und Hamburg, der Streik der Kleinrentner in Hamburg und anderswo mehr. So werden immer neue Schichten in den Kampf gegen das kapitalistische System hineingezogen und erkennen die proletarische Führung an. Sie begreifen unsere Führung im Freiheitskampf!

Für die Armen gegen die Reichen!

Wir sind die einzige Partei, die mit keiner Wimper des Finanzkapitals verbunden ist. Kämt ihr euch vorheben, daß der Kapitalismus, so wie bei Hitler, die letzten Lohnarbeiter der Kontingenten erdrücken? Zu uns kommen andere Kontingenten der Proletarier, aber vor allem die letzten Kontingenten der Proletarier, die Arbeiterlosen. (Stürmischer Beifall.) Das ist keine Schande für uns, sondern eine Ehre!

Das Deutschland von heute gehört nicht den Kommunisten. Das Deutschland von heute ist das Deutschland des Sozialismus, das Deutschland der Millionen und ihrer Führer, der Hitler- und SPD-Führer!

Wir wollen ein anderes Deutschland. Dieses andere Deutschland ist auf dem Marsch! Das Deutschland, in dem ihr befreit seid von den Ketten der kapitalistischen und der Versaillescher Sklaverei!

Das Deutschland, in dem nur offen soll, wer auch arbeitet! Das Deutschland, das uns gehört und in dem das Sozialistische die herrschende Klasse ist, die die ganze Welt in dem Händen hält!

Für dieses Deutschland legt ein besetztes Kampfprogramm am 13. März ab: Für das Deutschland des proletarischen Sozialismus! (Stürmischer, minutenlanges Beifall, Singen der „Internationale“.)